



Jahresbericht 2003

III. Wahlperiode



**KAV – Die Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
Frankfurt am Main**

Jahresbericht 2003

III. Wahlperiode



**KAV – Die Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
Frankfurt am Main**

Impressum:

Herausgegeben vom:
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Geschäftsstelle der KAV
Walter-Kolb-Str. 9-11
D-60594 Frankfurt am Main

Tel.: 0049/69/212-37765
Fax: 0049/69/212-34627
Email: info.kav@stadt-frankfurt.de

Redaktionelle Bearbeitung der Texte:
Dorothea Chabba, Thomas Usleber

Layout: Thomas Usleber

Druck: Druckerei Böcher, Frankfurt am Main

Bestellungen über die Geschäftsstelle der KAV

Oktober 2004

Inhalt

- I. Vorwort des Vorsitzenden**
- II. 2003 – Im Focus der KAV**
- III. Die Sitzungen 2003**
- IV. Öffentlichkeitsarbeit**
- V. Chronologie**
- VI. Die Veranstaltungen der KAV 2003**
- VII. Ausländische Bevölkerung in Frankfurt nach Zahlen**
- VIII. Sitzungstermine 2004**

I Vorwort des Vorsitzenden

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Vorwort zum letzten Jahresbericht habe ich geschrieben, dass die Schwerpunkte der KAV im Jahre 2003 die Antidiskriminierung, Schule und Bildung, sowie die Beschäftigungspolitik mit einem besonderen Augenmerk auf die Situation in der Stadtverwaltung Frankfurt am Main sein würden. Sie werden im nächsten Abschnitt dieses Jahresberichtes („2003 – Im Focus der KAV“) sehen, dass dies auch die Punkte waren, mit denen sich die Ausländervertretung der Stadt Frankfurt befasst hat.

Wie im Vorjahr haben wir einige wichtige Ziele, die wir uns gesteckt hatten, auch erreicht: die Antidiskriminierungsrichtlinie wurde Realität, der Leitfaden für eine bürgernahe Verwaltungssprache wurde eingeführt, der Bockenheimer Mädchentisch bleibt erhalten und viele kleinere positive Ergebnisse kennzeichnen die Haben-Seite unserer Bilanz 2003.

Die Oberbürgermeisterin Petra Roth sprach uns denn auch ausdrücklich ihr Lob über unsere zurückliegende Arbeit aus (siehe FAZ vom 31.08.04 auf Seite 66).

Die Erfolge kommen diesmal übrigens nicht ausschließlich der ausländischen Bevölkerung zu Gute und das ist ein Umstand, der mich besonders freut, weil er zeigt, wie eng verbunden mittlerweile die Anliegen der deutschen und der nicht deutschen Bevölkerung sind. Sie zeigen dadurch jedoch auch, wie notwendig es ist, dass es ein Gremium wie die KAV gibt. Vielen Aspekten der Politik wird erst dann Aufmerksamkeit geschenkt, wenn sie aus der Sicht der Migranten betrachtet werden und wenn Migranten auf besondere Umstände hinweisen, die für sie wichtig sind.

Es gibt jedoch weiterhin Probleme und Fragen, die speziell die ausländische Bevölkerung der Stadt betreffen und es wird sie auch in naher Zukunft noch geben. Noch immer kann von Gleichbehandlung, von gleichen Rechten der Deutschen und nicht Deutschen keine Rede sein. Und wenn dazu einige Politiker meinen, dass Deutschlernen der einzig notwendige Weg zur Integration sei, dann frage ich mich, ob wir überhaupt voran kommen in unserem Bemühen um ein erfolgreiches Zusammenleben. Dabei ist zweifellos die Beherrschung der deutschen Sprache eine sehr wichtige Voraussetzung für eine Verständigung, für ein Miteinander, für eine angemessene Bildung, einen Beruf und damit letztendlich für die Integration. Sie ist jedoch nicht das Allheilmittel wie uns das Politiker des Bundes, des Landes und auch der Stadt mitunter weismachen wollen. Unter der Bezeichnung „Integration“ werden immer größere Summen für Deutschkurse ausgegeben, während die Finanzen an anderen Stellen, wie z.B. bei den vielen Institutionen, Verbänden und auch Vereinen, die vor Ort direkte Hilfen anbieten, fehlen. Viele von diesen Einrichtungen mussten im letzten Jahr ihre Arbeit massiv einschränken oder gar völlig einstellen, weil staatliche Zuschüsse abrupt nicht mehr flossen. Das Know-How vieler engagierter Menschen wurde ignoriert, wichtige Arbeitsstellen auf dem sozialen Sektor gingen verloren. Die Folgen all dessen werden sich erst in ein paar Jahren bemerkbar machen, wenn andere Politiker regieren und wenn man dann die Arbeitslosigkeit, die wachsende Kriminalität, die Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen wieder einmal zum Anlass nehmen kann, härtere Maßnahmen durchzusetzen. Maßnahmen, die dann leider auch noch weitaus mehr Geld kosten als die früheren sozialen Tätigkeiten.

An den richtigen Ansatzstellen – und das sind alle diejenigen, die so früh wie möglich beginnen: im Kindergarten, in der Schule, in den Jugendeinrichtungen, in der Jugendförderung der Vereine, usw. – wird kaum investiert. Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Frau Petra Roth, sagte in ihrem kommunalpolitischen Situationsbericht (Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juli 2004) zu Recht: „Es ist höchste Zeit anzuerkennen, dass in einem so rohstoffarmen Land wie Deutschland Bildung und

Wissen die Vorstufe der eigentlichen Wertschöpfung sind.“ Etwas später muss aber auch sie bekennen: „Sie wissen, ich bin eine Befürworterin der Ganztagschule, und ich wünschte mir mehr Kleinkinderbetreuungsmöglichkeiten. Doch das kostet. Woher sollen es die Städte nehmen? Woher sollen wir es in Frankfurt nehmen?“

Liebe Leserin, lieber Leser: Schauen Sie im nächsten Abschnitt und im Kapitel „Chronologie“, was alleine die KAV auf diesem Gebiet beantragt hat und was die Stadtverordnetenversammlung schließlich entschieden hat. Dazu gab es einige Anträge von kleinen Fraktionen im Stadtparlament, die etwas tun wollten. Vieles davon hätte die Stadt keinen Cent gekostet!

Entweder man sieht es wirklich nicht oder aber man will es nicht sehen. Beides ist gleichermaßen schlimm und außerdem misslich für die Stadt Frankfurt.

Das Unvermögen, welches man der KAV dann und wann vorwirft, wird aber durch solche Entscheidungen wirklich offenbart. Die KAV hat kraft Gesetzes keine Befugnisse, das Stadtparlament aber hat sie.

Die Legitimation, die Existenzberechtigung der KAV wird gelegentlich in Frage gestellt, aber dabei wird nie erwähnt, dass ein Großteil der ausländischen Bevölkerung – und damit ein Großteil der Bevölkerung dieser Stadt! – keinerlei Wahlrecht besitzt. Angesichts dessen muss man das politische Engagement so vieler Menschen, die das Gesetz eigentlich vom politischen Geschehen ausgrenzt, bewundern und nicht mit Füßen treten.

Das größte und wichtigste Ziel der KAV wird weiterhin das Wahlrecht für alle Ausländer sein. Erst wenn dies erreicht ist, kann von Wahlbeteiligung unter Ausländern, von wirklicher Mitbestimmung und vor allem von wirklicher Integration gesprochen werden.

Doch wie bereits erwähnt, hat die KAV auch ohne diese Befugnisse einige ihrer Ziele erreicht und wir werden uns weiterhin für einen Bevölkerungsteil engagieren, der keine Minderheit darstellt, sondern einen immens wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Faktor in unserer Stadt. Zu diesem Bevölkerungsteil gehören nicht nur diejenigen, die keinen deutschen Pass

besitzen, sondern auch die Eingebürgerten, die Doppelstaater oder auch Personen mit einem nicht deutschen ethnischen Hintergrund. Es ist wichtig, dass diese Menschen eine Vertretung haben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle dazu einladen, die KAV aktiv zu unterstützen. Im nächsten Jahr werden wieder Ausländerbeiratswahlen stattfinden. Wenn Sie Ausländerin oder Ausländer sind (oder auch eingebürgert, bzw. Doppelstaater), können auch Sie mitwirken. Fragen Sie uns nach den Einzelheiten. Sollten Sie nicht aktiv mitwirken wollen, können Sie die KAV durch eine Beteiligung an der Wahl ebenfalls unterstützen.

Wir alle werden uns weiter einsetzen für Chancengleichheit, für ein gemeinsames, friedliches Miteinander, für eine innerhalb der Werte und Normen des Grundgesetzes stattfindende gleichberechtigte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben unter Bewahrung der eigenen kulturellen Identität, aber auch für die Entwicklung von neuen kulturellen Gemeinsamkeiten.

Wir alle wissen: Integration ist der Weg und nicht das Ziel. Und: „Wege entstehen dadurch, dass wir sie gehen!“ (Franz Kafka)

Hüseyin Sıtkı
Vorsitzender der KAV

II 2003 im Focus der KAV

Die Antidiskriminierungsrichtlinie der Stadt Frankfurt am Main

Am 18. September 2003 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Antidiskriminierungsrichtlinie für die Beschäftigten bei der Stadt Frankfurt am Main beschlossen. Nach langjährigen intensiven Beratungen und Diskussionen mit Beratungspausen von vielen Monaten wurde damit endlich einer städtischen Richtlinie zugestimmt, die die KAV bereits in ihrer ersten Legislaturperiode im Jahr 1993 angeregt hat und auch letztendlich wieder auf die Tagesordnung der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung brachte. (Siehe Chronologie der Richtlinie auf S. 13!)

In dieser Rechtsvorschrift wird der Begriff „Diskriminierung“ nicht nur definiert und jedwede Form verurteilt, sondern es werden in den Ausführungsbestimmungen auch endlich konkrete Maßnahmen genannt, wie die Stadtverwaltung damit umgehen soll. Ab sofort ist das Amt für multikulturelle Angelegenheiten zuständig für Diskriminierungsmeldungen.

Was bewirkt die Antidiskriminierungsrichtlinie?

Die Antidiskriminierungsrichtlinie entfaltet ihre Wirkung zwar ausschließlich in Bezug auf die Stadtverwaltung Frankfurt am Main – und ersetzt damit nicht die dringend notwendige Umsetzung der beiden EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung (2000/43/EG und 2000/78/EG) – ist aber dennoch eine wichtige Errungenschaft. Sie gibt Migranten und Deutschen, die aufgrund bestimmter Merkmale oder Eigenschaften diskriminiert werden, die Möglichkeit, gegen diese Diskriminierung vorzugehen.

Dadurch, dass die Sachbearbeiter nun wissen, dass der Klient die Möglichkeiten hat, sich gegen Diskriminierungen zu wehren, wird sich das Verhalten derjenigen städtischen Mitarbeiter, die

vorher vielleicht nicht sensibel genug mit den Klienten umgegangen sind, ändern. Denn nun kann sich der oder die Betroffene an das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wenden, muss sich also (bis auf wenige Ausnahmen) nicht an die betreffende Dienststelle wenden.

Dem Kunden selbst wird durch diese interne Rechtsvorschrift ein Instrumentarium an die Hand gegeben, auf das er sich berufen kann.

Wir möchten an dieser Stelle deutlich sagen, dass sich die Stadt Frankfurt am Main schon immer zu dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und für den Schutz vor Diskriminierung bekannt hat. Und doch werden Diskriminierungen immer wieder vorkommen, circa 50 beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten eingehende Meldungen pro Jahr (siehe Integrationsbericht der Stadt Frankfurt für das Jahr 2003) sind ein Zeichen dafür.

Dadurch aber, dass die Stadt diese – für die Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige! – Antidiskriminierungsrichtlinie erlassen hat, macht sie deutlich, dass sie auch praktisch und direkt zu handeln bereit ist.

Es ist nun Aufgabe der Stadt, die Richtlinie auch so publik zu machen, dass Sachbearbeiter der Stadt und Bürger sie kennen, denn sonst hätte sie lediglich eine Alibifunktion. Eine große Anzahl von Diskriminierungsmeldungen wird es ganz sicher nicht geben, die Stadt sollte ihre Aufgabe aber ernst nehmen und u.a. damit auch dazu beitragen, dass sich das Image der Stadtverwaltung weiter verbessert. Und das wird vor allem durch die Sachbearbeiter geprägt.

Wir wünschen dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten, dass es ihm gelingen wird, zwischen der Stadt Frankfurt und den Bürgern zu vermitteln.

Außerdem bleibt zu hoffen, dass die beiden EU-Richtlinien endlich in nationales Recht umgesetzt werden. Obwohl die Frist der EU hierfür schon lange abgelaufen ist, hat Deutschland diese Forderung noch immer nicht erfüllt. Zwar können sich die Bürger im Notfall auch auf die EU-Richtlinien berufen, doch ist dies

erstens umständlich und zweitens sind die Richtlinien auch bisher wenig bekannt.

Kurze Chronologie der Richtlinie:

Datum	Stand
06.07.1993	KAV beantragt Antidiskriminierungssatzung
23.09.1993	Stadtverordnetenversammlung (SVV) beschließt „Vereinfachtes Verfahren“
01.07.1996 - 20.02.1997	Beratung in der Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration (MGI)
30.09.1997	Erneuter Antrag der KAV: Verabschiedung einer Antidiskriminierungssatzung
13.11.1997 – 09.07.1998	In 6 Sitzungen der SVV wird der Antrag der KAV zurückgestellt
14.09.1998 – 28.02.2000	Die MGI befasst sich 5 Sitzungen mit dem Antrag der KAV
15.06.2000 – 26.02.2001	4 weitere Sitzungen der MGI. Aus der „Antidiskriminierungssatzung“ wurde inzwischen eine „Antidiskriminierungsrichtlinie“
07.11.2001	Anfrage der SPD an den Magistrat: „Wo bleibt die Antidiskriminierungssatzung?“
24.10.2002	Erneuter Antrag der KAV, die Arbeit wieder aufzunehmen und einen Entwurf der Satzung bis März 2003 vorzulegen.
19.12.2002	Dem Antrag der KAV wird in der SVV zugestimmt.
09.05.2003	Der Magistrat legt einen Entwurf der Antidiskriminierungsrichtlinie (M 51) vor.
18.09.2003	Die SVV stimmt der Vorlage M 51 zu. Damit ist die Antidiskriminierungsrichtlinie nach mehr als 10 Jahren beschlossen.

Die Situation der ausländischen Beschäftigten bei der Stadt Frankfurt am Main

Ein Blick über die statistischen Daten der Beschäftigten gibt Anlass zu Verwunderung. Nur etwas weniger als 9% der Mitarbeiter haben keinen deutschen Pass, obwohl der Migrantenanteil an der Stadtbevölkerung immerhin 26 % beträgt. Während also Städte mit vergleichbarem Migrantenanteil, wie z.B. Rotterdam, schon längst an „Managing Diversity“ arbeiten, hat die Stadtverwaltung Frankfurt am Main die Migranten als Potenzial noch nicht genügend wahrgenommen. Schon gar nicht als qualifizierte Mitarbeiter für höher bezahlte Stellen: fast die Hälfte der zum 31.12.2002 beschäftigten Ausländer, nämlich 564 von 1271, arbeitet als ungelernete Arbeiter. In leitenden Funktionen findet man gerade mal zwei Beschäftigte, jedoch keinen ausländischen Amtsleiter.

Die KAV hat leider keine direkte Einflußmöglichkeit, um die Beschäftigungschancen für Migranten bei der Stadtverwaltung zu verbessern. Eine Wiederbesetzungssperre verhindert im Übrigen zur Zeit externe Einstellungen.

Die KAV unterstützt deshalb ausdrücklich das Projekt „XENOS“-Interkulturelle Öffnung der Ämter und Betriebe der Stadt Frankfurt. In diesem Projekt geht es um die Ausbildung von ausländischen Jugendlichen. Viele dieser Jugendlichen wissen leider gar nicht, dass sie sich überhaupt bei der Stadt oder einer Behörde um einen Ausbildungsplatz bewerben können. Sie glauben, dass dort nur Deutsche arbeiten dürfen. Tatsächlich gibt es jedoch für den Beruf des Verwaltungsangestellten keine Einschränkungen in Bezug auf die Nationalität des Bewerbers und selbst für Beamte können Ausnahmeregelungen getroffen werden, wie dies auch schon oft bei der Polizei geschehen ist. EU-Angehörige können ohnehin Beamte werden. Auch über diese Tatsache wird von XENOS informiert.

Wie wichtig Migranten als Mitarbeiter von Behörden sind, zeigt sich nicht nur am Beispiel der Branddirektion, bei der es unter den vielen Beschäftigten der Berufsfeuerwehr nur einen einzigen Ausländischen gibt. Eine Kommunikation im Brandfalle oder eine

Warnung an Bewohner eines Hauses oder eines Viertels ist im Eilfalle auf die Schnelle oft erschwert möglich.

Frankfurt ist eine internationale Bankenstadt: die Zahl der ausländischen Banken nimmt zu, die der deutschen Banken ab. Frankfurt ist außerdem Sitz der Europäischen Zentralbank, die Stadt hat einen der größten Flughäfen der Welt, die Internationale Buchmesse ist hier zu Hause ebenso wie die Internationale Automobil-Ausstellung. In der Stadtverwaltung jedoch spiegelt sich diese Internationalität in keiner Weise wieder.

Die Deutsche Bank geht da übrigens mit gutem Beispiel voran: „Im ‚Group Executive Committee‘, das in vielen Funktionen den legendären Deutsche-Bank-Vorstand abgelöst hat, sitzen mittlerweile mehr Aus- als Inländer.“ (FAZ vom 05.03.04)

Mitarbeiter unterschiedlicher Nationalität wären nicht nur förderlich für das Arbeitsklima, sondern sicher auch ein Aushängeschild für eine multikulturell orientierte Stadtverwaltung. Auf ihrer Homepage im Internet präsentiert sich die Stadt weltoffen: „Tourismus“, „Kultur“, „Wirtschaft“ und „Frankfurt International“ lauten dort die ersten vier Schlagwörter. Alles Begriffe, die auf ein international ausgerichtetes Image hindeuten. Und weiter unten werden zudem noch die Begriffe „Städtepartnerschaften“, „Airport“ und „Messe“ aufgeführt.

Für all dies steht jedoch eine Verwaltung zur Verfügung, die fast ausschließlich aus Deutschen besteht, welche die Mehrsprachigkeit ihrer Mitarbeiter leider nicht honoriert und die sich bisher noch schwer damit tut, ein gesamtstädtisches interkulturelles Leitbild zu entwickeln und umzusetzen.

Interkulturelle Leitlinien für die Stadt Frankfurt am Main

In München hat der Stadtrat (so heißt dort die Gemeindevertretung) am 18.02.1998 eine Leitlinie beschlossen. In dieser Leitlinie heißt es: "Allen auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum in München lebenden Ausländerinnen und Ausländern soll die Integration, d.h. gleichberechtigte Teilhabe an der Sozial-

Arbeitsmarkt-, Kultur- und Bildungspolitik ermöglicht werden, bei Erhalt der kulturellen Identität.“¹

In Berlin hat der Senat im Herbst 2000 den Auftrag gegeben, dass die Berliner Verwaltung interkulturell und international ausgerichtet werden soll.²

Und auch in Nürnberg ist die „interkulturelle Öffnung“ im Leitbild der Stadt (Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung) verankert.³

Im Leitbild der Stadt Köln ist folgendes zu lesen:

„Um die Potenziale der unterschiedlichen Kulturen in der Stadt zu erschließen und den Zugang zur Stadtgesellschaft zu öffnen, ist Toleranz alleine nicht ausreichend. Es bedarf vielmehr gelebter Integration und Integrationsbereitschaft.“

Das „Leitbild Köln 2020“ ist von über 350 Kölnerinnen und Kölnern – Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Vertreterinnen bzw. Vertretern aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen – gemeinsam diskutiert und erstellt worden.

Während also viele Städte die interkulturelle Öffnung der Verwaltung fest in ihrem Konzept installiert haben, wurde dieser Punkt bei der Stadt Frankfurt am Main immer noch nicht integriert.

Die Verwaltung steht sogar einer Definition des Begriffes „Interkulturelle Kompetenz“ als Anforderung an ihre Beschäftigte skeptisch gegenüber.

In einer Stellungnahme des Magistrats auf eine Anfrage der KAV hin heißt es:

¹ Quelle: Homepage der Stadt München, Stelle für interkulturelle Arbeit www.muenchen.de/Rathaus/lhm_alt/mde/referat/sozial/interkulti/44073/stelle.html

² "Interkulturelle Öffnung als Integrationsstrategie für die Verwaltung. Dokumentation eines Fachgesprächs", Transfer interkultureller Kompetenz (Hrsg.), Berlin vom 21. September 2001

³ Quelle: „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Zuwanderungsland Deutschland in der Praxis“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2002, S. 108

„Auf eine stadtweit gültige Definition wird gemäß Rücksprache mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten zur Zeit aus wissenschaftlicher und fachlicher Sicht bewusst verzichtet, da diese eventuell einschränkend wirken würde, eine Diskussion auf verschiedenen Ebenen nicht zustande käme und somit für den innerstädtischen Prozess hinderlich wäre.“ (Stellungnahme vom 08.09.2003)

Das heisst aber in der Praxis – und genau das wird dann anschließend aufgeführt –, dass in verschiedenen Ämtern jeweils unterschiedliche Ansätze für interkulturelle Kompetenz verfolgt werden, meistens jedoch gar keine.

Die durchaus wünschenswerte „Diskussion auf verschiedenen Ebenen“ findet also gerade nicht statt und erschwerend kommt hinzu, dass verschiedene Ämter außerdem noch um ihre eigene Definition der Interkulturellen Kompetenz und deren Umsetzung kämpfen. Wie soll auf diese Weise ein optimales Ergebnis zustande kommen, das doch eigentlich nur aufgrund der Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter erreicht werden kann?

Die KAV fordert eine generelle Interkulturelle Leitlinie für die Stadt Frankfurt am Main und damit verbunden auch eine interne Definition des Begriffes. Solange verschiedene Ämter ihr eigenes Süppchen kochen, werden Energien verschwendet oder aber – wie z.B. die „Leitlinien für die interkulturelle Orientierung und Kompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe“ – über Jahre hinweg gar nicht auf den Weg gebracht. Im Falle des Jugendamtes hat man sogar eine Definition gefunden, diese aber bisher weder ausgearbeitet noch durch ein städtisches Gremium verabschieden lassen. Obwohl im Titel vorhanden, werden konkrete Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe nicht genannt.

Parallel dazu wurde auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hin aktuell in einem Bericht (B 564/2004) eine andere Definition gegeben, jedoch sogleich wieder eingeschränkt: „eine einheitliche allgemeine Definition Interkultureller Kompetenz“ sei „wenig hilfreich, das komplexe Themenfeld in erfolgreiche Praxis zu übersetzen.“

Wir wissen nicht, warum sich die Verwaltung so schwer damit tut, sich zu einer einheitlichen Linie in Bezug auf die interkulturelle

Orientierung zu entschließen. Eine interkulturelle Öffnung wäre doch gerade hierdurch möglich. Dazu gehören Schulungen für Mitarbeiter genauso die die Berücksichtigung interkulturellen Know-Hows bei Einstellungen.

Was in anderen Städten schon lange möglich ist, sollte gerade in Frankfurt am Main gar keine Frage sein über die sich die Gemüter streiten, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Vereinfachte Verwaltungssprache

Um die interkulturelle Kundenorientierung der Stadt zu unterstützen, stellte die KAV den Antrag, die Verwaltungssprache, besonders im Briefverkehr zu vereinfachen. Diesem Antrag wurde erfreulicherweise zugestimmt und die Stadt hat den „Leitfaden zur bürgernahen Verwaltungssprache“, den die Stadt Bochum erstellt hat, übernommen.

Dieser Schritt dürfte im Übrigen nicht nur die ausländischen Adressaten von Bescheiden und Briefen erfreuen, denn oft verstehen auch deutsche Einwohner die altmodischen und komplizierten behördlichen Ausdrücke nicht. Wenn etwa von „säumigen Zahlungen“ und von „Rechtsbehelfsbelehrungen“ die Rede ist, schütteln selbst Deutschlehrer darüber die Köpfe.

Es bleibt zu hoffen, dass der Leitfaden auch in die Praxis umgesetzt wird, denn allein die Bezeugung des guten Willens des Magistrats nützt in diesem Falle natürlich wenig.

Welche Folgen hat die aktuelle Bildungspolitik für Migrantenkinder?

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung hat ihren im Vorjahr eingeschlagenen Weg in Bezug auf den Themenschwerpunkt Bildungspolitik konsequent fortgesetzt. Noch immer gilt ihr Hauptaugenmerk den Migrantenkindern in Kindergärten und Schulen.

Hat sich in Bezug auf 2002 schon etwas zum Positiven verändert? Diese Frage muss leider mit einem „Nein“ beantwortet werden.

Im Gegenteil: Einige statistische Daten – sowie sich ankündigende Veränderungen – zeigen deutlich, dass der Bildungserfolg

ausländischer Schülerinnen und Schüler rückläufig ist: Laut Statistischem Jahrbuch 2003 der Stadt Frankfurt am Main hat die Zahl der ausländischen Schüler an Frankfurter Sonderschulen zugenommen, an den Realschulen und Gymnasien hat sie jedoch abgenommen. Die Zu- und Abnahmen sind zwar relativ gering, aber sie zeigen dennoch deutlich, dass noch keine Kehrtwende in Sicht ist.

Warum trotz vieler Maßnahmen keine Verbesserung der Situation zu erwarten ist, hat unseres Erachtens zwei Gründe:

Zum einen greifen Maßnahmen im schulischen Bereich oft erst nach mehreren Jahren und einige der Förderprojekte, wie zum Beispiel die sogenannten „Vorlaufkurse“ sind erst vor kurzem angelaufen, so dass sich über ihren Erfolg oder Misserfolg noch keine Aussagen treffen lassen.

Zum Zweiten aber ist es so, dass einige Maßnahmen überhaupt nicht greifen und das aus mehreren Gründen: Wenn zum Beispiel finanzielle Mittel des Landes für Förderprogramme an den Schulen nicht auch für eben diese Förderprogramme ausgegeben werden, wenn das Erlernen von Muttersprachen nicht mehr gefördert wird, sondern oft genug sogar als „hinderlich“ angesehen wird, wenn Pädagogen noch immer nicht in „Interkultureller Kompetenz“ geschult werden, wenn sie die „unliebsamen“ Schüler in die nächstniedrigere Schulform verweisen können, dann braucht man sich über den Misserfolg der Schülerinnen und Schüler nicht zu wundern.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung hatte am 17. Mai 2003 zu einer Anhörung über die Schulkarrieren von Migrantenkindern eingeladen. Bei dieser Anhörung wurden nicht nur bereits laufende Maßnahmen von Vertretern des Kultusministeriums und des Schulamtes vorgestellt, sondern Pädagogen und Wissenschaftler beschäftigten sich zudem mit der Frage, ob die aktuellen Maßnahmen ausreichen und was noch getan werden sollte.

Leider bestätigte die Anhörung nicht nur die oben genannten Tatsachen, sondern offenbarte noch mehr: Es gibt überhaupt kein übergreifendes Konzept für Schulintegrationsmaßnahmen;

alles läuft mehr oder weniger nebeneinander her, teilweise ziellos, womöglich sogar konkurrierend.

Frau Bender-Szymanski (Deutsches Institut für Pädagogische Forschung = DIPF) forderte in der Frankfurter Rundschau vom 06.12.2003 „verbindliche Qualitätsstandards für mehrsprachige und mehrkulturelle Schulen“. In Frankfurt am Main dürften die Merkmale „mehrsprachig und mehrkulturell“ bei jeder Schule zu finden sein, denn „Mehrkulturalität“ und „Mehrsprachigkeit“ sind – zumindest im Rhein-Main-Gebiet – schon lange nicht mehr eine Ausnahme, sondern die Regel. Programme, die helfen, damit umzugehen, also die Vielfalt zu managen (sog. „Managing Diversity“) sind nach Auffassung der KAV nicht mehr Kür, sondern Pflicht.

Stattdessen verschließen die Verantwortlichen die Augen vor der Realität.

Kultusministerin Wolff setzt - wie mittlerweile innerhalb der CDU weitverbreitet – jedoch alleine auf das Erlernen der deutschen Sprache. Im Januar 2004 setzte das Modellprojekt „Frühstart“ ein. Ziel: Durch Sprachförderung, interkulturelle Erziehung und Elternarbeit soll bereits im Kindergarten der Grundstein für eine erfolgreiche schulische Laufbahn ausländischer Kinder gelegt werden.

Abgesehen davon, dass die Reduzierung des Begriffes „Integration“ auf den Begriff „Deutschlernen“ absolut unzureichend ist, wagt die KAV zu bezweifeln, ob dieses Modellprojekt, welches sich wieder zwar durch den „Beweis des guten Willens“ auszeichnet, aber weder mit den Vorlaufkursen, noch mit anderen Maßnahmen in Kindergärten zusammenarbeitet, Erfolg haben wird.

Überprüfungen von Erfolg und Mißerfolg finden selten statt und ein entsprechender Antrag der KAV, nämlich jährlich einen Schul-Integrationsbericht vorzulegen, wurde denn auch von der Stadtverordnetenversammlung ohne ausreichende Begründung abgelehnt. In einem Versuch einer Begründung wurde lediglich formuliert, der Arbeitskreis Ethnic Monitoring, der einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zufolge demnächst eingerichtet werden solle, mache den geforderten Schul-Integrationsbericht überflüssig. Ziel dieses Arbeitskreises aber ist

es, die bildungspolitische Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund aufzuzeigen und zu bekämpfen. Dies ist ohne Frage auch wichtig, berührt aber unseren Antrag nicht im Geringsten.

Die Ergebnisse der Iglu-Studie zeigen: „Ein Viertklässler aus einer deutschen Familie hat fast fünf Mal größere Chancen, vom Lehrer für das Gymnasium vorgeschlagen zu werden, als sein Klassenkamerad mit nichtdeutschen Eltern. Selbst bei vergleichbarer sozialer Herkunft sowie gleicher Lesekompetenz sind die Chancen des Schülers aus der deutschen Familie auf eine Empfehlung fürs Gymnasium noch um den Faktor 1,7 besser.“ (FR vom 28.01.2004)

Wir sehen also: Oft ist es keine Frage des Bildungsstandes, sondern der Gleichbehandlung, bzw. Ungleichbehandlung, welche Schullaufbahn für ein Kind empfohlen wird. Die Frage, ob in Schulen Diskriminierungen stattfinden, wurde bisher aber wenig bis gar nicht untersucht. Dies zeigt auch die sogenannte DIPF-Studie. Sie heisst im Volltext: „Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrungen an Frankfurter Schulen im Schuljahr 2000/2001“, hat einen Umfang von mehr als 300 Seiten und ignoriert Benachteiligungen völlig. Das Wort „Diskriminierung“ kommt im gesamten Text nicht ein einziges Mal vor! Das bedeutet: Entweder man kann oder man will in einer Studie über die Situation von Migrantenkindern an Frankfurter Schulen nichts darüber schreiben.

Stattdessen standen Ende 2002 mit der Herderschule (Gymnasium), der Heinrich-von-Stephan-Schule und der Elly-Heuss-Knapp-Schule (beides berufliche Schulen) gleich drei Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern auf den aktuellen Schließungslisten des Staatlichen Schulamtes. War das ein Zufall?

Natürlich wird der hohe Migrantenanteil in diesen Schulen nicht als Grund für die geplanten Schließungen angegeben. Auch wird die Benachteiligung der Migrantenkinder durch das Schulsystem und die auch immer wieder vorkommende Benachteiligung durch einzelne Lehrer nicht thematisiert. Wir erleben nur, wie sich die

Situation der ausländischen Kinder von Jahr zu Jahr verschlechtert und keine Konsequenzen daraus gezogen werden.

Die KAV wird – und muss – sich weiterhin mit diesem Thema befassen. Und wir können nur immer wieder an die Verantwortlichen im Landtag, aber auch in der Stadt Frankfurt am Main, appellieren, die Problematik der Bildungssituation der Migrantenkinder ernst zu nehmen.

III Sitzungen 2003

(Auszüge aus den Protokollen)

13. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 13. Januar 2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Berichte der Delegierten aus den Ausschüssen und Kommissionen

Der Vorsitzende Sitki ruft die Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung nacheinander auf, mit der Bitte, aus den zuständigen Gremien zu berichten.

MdKAV Nikolic berichtet von der Broschüre der DIPF über die Situation ausländischer Schülerinnen und Schüler an Frankfurter Schulen.

MdKAV Parrondo berichtet aus dem Ausschuss für Wohnungsbau und Wohnen, in dem es unter anderem um die Aufsichtsratssituation der Hellerhof AG ging.

Stadtrat Dr. Magen erläutert hierzu, dass der Aufsichtsrat paritätisch besetzt ist und dies nicht geändert werden kann, ohne dass sich auch die Eigentumsverhältnisse verändern.

MdKAV Aygün berichtet vom Sportausschuß. Er spricht sich gegen Werbung für Olympia aus, solange noch viele Schwimmbäder in Frankfurt am Main in einem katastrophalen Zustand sind.

Stadtrat Dr. Magen argumentiert, dass Olympia für jede Stadt höchst profitabel sei.

MdKAV Petkos berichtet vom Gesundheitsausschuß, wo es unter anderem um ein Projekt des Gesundheitsamtes geht, afrikanischen Frauen, die sich um Asyl bewerben, kostenlose medizinische Behandlungen zu ermöglichen.

MdKAV Aslan äußert den Wunsch, sich in Zukunft stärker für die ausländischen Bürger einzusetzen und sich nicht mehr mit ideologischen Auseinandersetzungen zu befassen.

Er spricht das Grundsicherungsgesetz an, das auch für viele ältere Migrantinnen und Migranten der Stadt Frankfurt relevant ist und bemängelt die fehlenden Informationen hierüber.

Die Stadt Frankfurt am Main solle sich stärker um die Älteren kümmern, die schon ihren Beitrag für die Stadt geleistet haben.

Stadtrat Dr. Magen schlägt ein mehrsprachiges Flugblatt vor. MdStvv Brillante erklärt, dass die Landesversicherungsanstalten automatisch jene Bürger informieren, deren Rente unter 800 € fällt, bzw. schon gefallen ist.

MdKAV Esen empfiehlt, dass die Änderungen, bzw. das Gesetz in mehrere Sprachen übersetzt werden müsse.

MdKAV Parrondo berichtet von der AGAH. Hier ging es u.a. um eine Antwort der Landesregierung zur Lebenssituation der älteren Migranten. Er macht darauf aufmerksam, dass am 13./14. März eine Tagung über das deutsche Bildungswesen und den Dialog mit den Muslimen in Weimar stattfindet und dass das Handbuch für Ausländerbeiräte in Hessen jetzt erschienen ist.

MdKAV Guiseppa Paglia tritt von ihrem Amt zurück. Durch einen Umzug kann sie nicht mehr KAV-Mitglied bleiben. Sie verabschiedet sich mit einer kurzen Rede. Vorsitzender Sitki wünscht ihr alles Gute für ihren weiteren Lebensweg.

Anträge

7.1. Einbürgerung der Frankfurter Bürger mit Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union
Vorsitzender Sitki liest den Antragstext vor.

Stadtrat Dr. Magen stellt hierzu ein Flugblatt vor, dass das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Standesamt entworfen hat. Dieses Flugblatt soll in den nächsten Tagen an einschlägigen Stellen ausgelegt, bzw. verteilt werden.

Vorsitzender Sitki macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass es auch für Nicht-EU-Bürger diese Rechte geben muss.

Auch MdKAV Aygün äußert seine Entrüstung darüber, dass etwa ein türkischer Einwohner, der schon seit 40 Jahren hier lebt, seinen Pass abgeben müsse.

MdKAV Carbone bittet um die Unterstützung einer Petition, in der eine europäische Staatsangehörigkeit angestrebt wird.

MdKAV Parrondo gibt hierzu weitere Erklärungen: Herr Paul Oriol, der diese Petition betreibt, setzt sich auch für eine europäische Verfassung ein.

MdKAV Rinaldi fragt, wie es kommt, dass diese Regelung, die ja für einige Staaten schon länger gilt, noch nicht bekannt sei. Vorsitzender Sitki spricht sich dafür aus, den Antrag trotzdem abzustimmen und weiter zu reichen.

Abstimmung: Bei drei Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen.

Verschiedenes

MdKAV Parrondo bringt den drohenden Krieg im Irak zur Sprache und erläutert, dass das Europäische Sozialforum in Florenz gegen diesen Krieg aufruft und auch einige Aktionen dagegen durchführt. Unter anderem soll es am 15. Februar eine Demonstration in Berlin geben.

Er stellt den Antrag, dass die KAV diesen Aufruf unterstützt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

MdKAV Maria Tsouras gibt bekannt, dass am 18.12. das Bündnis gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne getagt hat. Nächstes Treffen wird am Mittwoch, den 15.01. um 19:30 Uhr im Club Voltaire sein.

+++++

14. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 10. Februar 2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Berichte der Delegierten aus den Ausschüssen und Kommissionen

Der Vorsitzende Sitki ruft die Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung

nacheinander auf, mit der Bitte, aus den zuständigen Gremien zu berichten.

MdKAV Petkos berichtet vom Gesundheitsausschuss. MdKAV Carbone und Vorsitzender Sitki berichten aus dem Ausschuss für Immigration und Integration, wo der KAV-Antrag zum „Haus der Kulturen“ in der Kaiserstr. diskutiert und mit „Prüfung und Bericht“ beschlossen wurde.

MdKAV Carbone berichtet aus dem Schulausschuss, wo es um die Wiederbesetzungssperre für Personal in den Kindergärten sowie um die Unterrichtsgarantie in Schulen ging.

MdKAV Aygün berichtet vom Sportausschuss (Thema: Haushalt 2003) sowie vom Jugend- und Sozialausschuss. Hier war das Grundsicherungsgesetz Thema, zu dem MdKAV Aygün vorschlug, mehr zu informieren. Außerdem ging es um die Kinderarmut in Frankfurt.

Vorsitzender Sitki berichtet aus der Stadtverordnetenversammlung. Aufgrund einer falschen Information mußte er sich ein Rederecht erst kurz vorher sichern. Er sprach dann zum Magistratsbericht B 607.

Zur Stadtverordnetenversammlung äußerte sich auch MdKAV Parrondo, er sprach sich dafür aus, sich dafür einzusetzen, dass zukünftig mehr Ausländer in der Stadtverwaltung beschäftigt werden. Ebenfalls sollte sich die KAV dem Thema "Olympia" stärker widmen.

MdKAV Parrondo berichtete auch von der letzten AGAH-Sitzung, wo das Thema „Sprachförderung in Kitas“ schwerpunktmäßig behandelt wurde. In der nächsten Sitzung wird es um das Thema „Mehrsprachigkeit im Unterricht“ gehen. MdKAV Parrondo lud alle KAV-Mitglieder ein, sich damit im Vorfeld auseinander zu setzen und Vorschläge einzureichen.

Wahl einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration

Es gibt nur einen Kandidaten: Jean-Marie Langlet. Abstimmung: MdKAV Langlet wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Anträge

9.1 Bürgernahe Verwaltungssprache

Vorsitzender Sitki liest seinen Antrag vor und erläutert ihn.

MdKAV Alemdar meint, dass es ausreicht, wenn schwierige Wörter erklärt werden. MdKAV Gülegen entgegnet, dass es auch um eine verständliche und einfache Sprache geht. Dies sei möglich, obwohl die Verwaltung es scheinbar nicht so sieht. MdKAV Solomon fragt, ob es bereits Erfahrungen aus Bochum gibt. Vorsitzender Sitki antwortet, dass sowohl der Leitfaden als auch Erfahrungen und Entwicklungen im Internet veröffentlicht sind.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2 Vereinfachung der Beantragung von Arbeit bei ausländischen Studierenden

Vorsitzender Sitki liest seinen Antrag vor und erläutert ihn.

MdKAV Gülegen erklärt, dass dies auch eine Arbeitserleichterung für die Ausländerbehörde bedeuten würde.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Verschiedenes

MdKAV Esen erklärt, dass am 15. Februar in Berlin eine Demonstration gegen den drohenden Krieg im Irak stattfindet. Er schlägt vor, dass die KAV 200 Euro spendet, damit arbeitslose Menschen an dieser Demo teilnehmen können. Geschäftsführer Usleber weist darauf hin, dass die Geschäftsstelle prüfen muß, ob aus städtischen Mitteln die Teilnahme an einer politischen Veranstaltung bezuschusst werden kann.

MdKAV Gülegen schlägt vor, dass jedes KAV-Mitglied 10 Euro spendet.

MdKAV Dr. Kurt meint, dass der Geschäftsführer sich neutral zu verhalten habe. Man solle den Antrag beschließen und dann auf die Reaktion warten.

MdKAV Parrondo schlägt eine Mischung vor: Sowohl 200 Euro aus den Mitteln der KAV, als auch 10 Euro privat von jedem Mitglied.

MdKAV Aygün findet es wichtiger, zu entscheiden, wie sich die KAV präsentiert, als über die Geldfrage zu streiten.

Es wird weiter diskutiert, dann aber MdKAV Parrondos Vorschlag zur Abstimmung gebracht, 200 Euro aus den KAV-Mitteln sowie 200 Euro aus einer privaten Sammlung der KAV-Mitglieder zu spenden.

Dieser Antrag wird bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen angenommen.

+++++

15. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 10. März 2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Sitki gibt den Rücktritt von MdKAV Nazlikul bekannt. MdKAV Nazlikul verabschiedet sich in einer kurzen Rede vom Plenum.

Vorsitzender Sitki stellt den Nachrücker von MdKAV Nazlikul, Herrn Hacioglu, dem Plenum vor. MdKAV Hacioglu wendet sich in einer kurzen Begrüßungsrede an das Plenum.

Berichte der Delegierten in den Ausschüssen und Kommissionen

Der Vorsitzende Sitki ruft die Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung nacheinander auf mit der Bitte, aus den zuständigen Gremien zu berichten.

MdKAV Carbone und Vorsitzender Sitki berichten aus dem Ausschuß für Immigration und Integration, wo u.a. über einen SPD-Antrag „Kommunales Wahlrecht für alle“ diskutiert wurde. Außerdem seien die verschiedenen Veranstaltungen zum Schulversagen von Migrantenkindern (siehe TOP 7) angesprochen worden.

MdKAV Aygün hat im Jugend- und Sozialausschuß angesprochen, dass auch den KAV-Vertretern in den Ausschüssen Stimmrecht erteilt werden solle. Die SPD hat hierzu einen Antrag gestellt, dass sich die Stadtverordnetenversammlung beim Bundestag dafür einsetzen soll. Leider hätten sich Stadtrat Dr. Magen und der FDP-Abgeordnete Pürsün gegen diesen Antrag ausgesprochen.

MdKAV Nikolic berichtet kurz aus dem Ausschuß für Verwaltungsreform und Personal- und Organisationsangelegenheiten, MdKAV Akmadza vom Wirtschaftsausschuß und Vorsitzender Sitki aus der Stadtverordnetenversammlung. MdKAV Aslan berichtet aus seinem Ortsbeirat. Hier ist darüber diskutiert worden, dass die Stadtteilbibliotheken geschlossen werden sollen. MdKAV Aslan spricht sich für einen Erhalt dieser Bibliotheken aus, da sie für die Menschen in den Stadtteilen, besonders für Schüler und Studenten sehr wichtig seien. Auch die KAV solle sich für den Erhalt einsetzen.

Anhörung zum Schulversagen von Migrantenkindern am 17.05.2003

MdKAV Tsouras berichtet von einer Besprechung zwischen Prof. Dr. Haller, MdKAV Tsouras und Gülegen, MdStV Liguori Pace und dem Geschäftsführer. Die Anhörung der KAV wird trotz der parallel laufenden Veranstaltung der Universität zum Schulversagen von italienischen Kindern sowie einer Anhörung des Schulausschusses zusammen mit dem Ausschuss für Immigration und Integration durchgeführt. MdStVV Liguori Pace teilt mit, dass letztere Veranstaltung jetzt für den 20. Mai terminiert wurde.

Geschäftsführer Usleber teilt Aktuelles zur KAV-Anhörung mit.

Anträge

Eilantrag: Schließung der Bibliotheken

MdKAV Rinaldi erläutert seinen Antrag und teilt mit, dass die Zentralbibliothek täglich rund 2500 Besucher hat, die diese Einrichtung aus den verschiedensten Gründen aufsuchen. Da Frankfurt die Stadt der Bücher und der Buchmesse sein möchte, dürfen die Leser nicht ausgeschlossen werden.

MdKAV Aslan meldet sich noch einmal zu Wort und erinnert daran, dass nicht nur die Zentralbibliothek sondern auch Stadtteilbibliotheken geschlossen werden sollen.

Vorsitzender Sitki schlägt vor, den Antrag entsprechend zu ändern: „Weder die Zentralbibliothek noch die Stadtteilbibliotheken sollen geschlossen werden.“

Der so geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

8.1 Ausländische Vereine brauchen Räume

MdKAV Tsouras erklärt ihren Antrag und weist darauf hin, dass die Initiative zwar von griechischen Vereinen ausgeht, aber nicht nur die griechischen Vereine davon betroffen sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8.2 Mehrsprachigkeit in der Stadtverwaltung honorieren

Vorsitzender Sitki erläutert seinen Antrag.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8.3 Frankfurt muß die Würde Verstorbener achten

Vorsitzender Sitki erläutert auch diesen Antrag.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8.4 OlympJa-Werbung

MdKAV Aygün begründet seinen Antrag.

MdKAV Piazzolla meint dazu, dass man sich auch ohne Anfrage zur OlympJa-Werbung erkundigen kann, während MdKAV Rinaldi der Meinung ist, dass diese Anfrage möglich sei. MdKAV Zengin empfiehlt, den Antrag zurückzustellen, damit die Geschäftsstelle Informationen einholen kann. MdKAV Aygün erklärt, dass er diesen Antrag nicht zurückstellen möchte, er soll auch im Text so beibehalten werden.

MdKAV Tsouras befürwortet den Antrag in dieser Form nicht, er müßte so umformuliert werden, dass der Zweck eindeutig erkennbar sei.

MdKAV Piazzolla schlägt vor, dass die Frage klar lauten könne: „Wie wird die OlympJA-Werbung finanziert?“

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Damit ist dieser Antrag nicht angenommen.

8.5 Kein Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt Frankfurt
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

+++++

16. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 28. April 2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Vorstellung des Projektes „XENOS“

Frau Barbara Cakir-Wahl und Herr Ismet Küpelikilinc von der VHS stellen das EU-Programm „XENOS“ vor, das in Frankfurt die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und den Abbau von Rassismus zum Ziel hat. In Kooperation mit dem POA sollen die städtischen Mitarbeiter für diese Thematik sensibilisiert werden. Weiterhin werden Multiplikatoren gesucht.

MdKAV Piazzolla erkundigt sich nach der Anzahl der städtischen Ausbildungsplätze.

MdStvv Brillante fragt nach ersten Projektergebnissen.

Gemäß Herrn Küpelikilinc gab es im Jahr 2002 180 Ausbildungsplätze, 19 ausländische Auszubildende wurden übernommen. Dieses Jahr stehen 159 Plätze zur Verfügung. Es gibt keine Statistik über nicht berücksichtigte Bewerbungen. Auf die Frage des Vorsitzenden Sitki nach dem Grund für die Verringerung der Gesamtzahl städtischer ausländischer Mitarbeiter verweist Herr Küpelikilinc an die Personalverantwortlichen.

MdStvv Zarcadas fordert die Projektverantwortlichen dazu auf, den Fraktionen Material über das Projekt zukommen zu lassen.

Frau Cakir-Wahl macht deutlich, daß es wichtig sei, dass die KAV-Mitglieder in ihren Vereinen über das „XENOS“-Projekt informieren.

Abschließend weist der Vorsitzende Sitki auf den Antrag der KAV hin.

Am 23.05.03 findet eine Fachtagung von „XENOS“ statt.

Anträge

10.1 Beschäftigte nicht deutscher Herkunft

10.2 Das Einstellungsverfahren der Stadt Frankfurt am Main muß kulturelles Know-How berücksichtigen

10.3 Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen der Stadt Frankfurt erhöhen

Abstimmung: Alle drei Anträge werden einstimmig angenommen.

Erläuterung von Frau Henning (Dona Carmen) zu ihrem Eilantrag

Frau Henning stellt die ihrer Meinung nach verschärfte Entrechtung von illegalen und legalen Frauen, die im Prostitutionsgewerbe tätig sind dar, welche durch die Verweigerung der Streichung der Auflage entsteht. Durch z.B. Infragestellung des Aufenthaltsrechts komme es zu einer verstärkten Diskriminierung der Frauen durch die Ordnungsbehörde.

Abstimmung: Der Antrag wird mit 8 Enthaltungen angenommen.

Jahresbericht

MdKAV Dr. Kurt ist der Meinung, dass in den Tabellen der Anträge und Anfragen auch der Name der Liste oder des Antragstellers erscheinen sollte. Außerdem kritisiert er, dass beim Bericht über die Besetzung der Stelle des Geschäftsstellenleiters die politische Auseinandersetzung nicht so klar heraus käme. Die KAV sei als politisches Gremium übergan-

gen worden. Entweder sollte dies richtig dargestellt oder ganz weggelassen werden.

MdKAV Parrondo merkt an, daß der Jahresbericht insgesamt in lesefreundlicherer und informativerer Art geschrieben sein sollte. Jedem KAV-Mitglied sei die Möglichkeit einzuräumen, einen Beitrag zu veröffentlichen, falls dies gewünscht wird.

Der Vorsitzende Sitki weist darauf hin, daß die Form des Jahresberichts so vom Plenum beschlossen worden sei, wegen der Änderungswünsche von MdKAV Dr. Kurt wird er sich mit der Geschäftsleitung in Verbindung setzen.

Abstimmung: Der Jahresbericht wird einstimmig angenommen.

+++++

17. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 26.05.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Genehmigung der Tagesordnung

Es liegen zwei gemeinsame Anträge dreier Listen vor. Sie sind nicht fristgerecht eingegangen. MdKAV Parrondo möchte über die Eilbedürftigkeit abgestimmt haben.

Abstimmung über die Anfrage zu den Geschehnissen am 1. Mai 2003 in Fechenheim:

14 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung.

Damit wird dieser Antrag als Punkt 10.2 auf die Tagesordnung genommen.

Abstimmung über „Salvador-Allende-Straße in Frankfurt am Main“:

9 dafür, 6 Enthaltungen.

Damit wird dieser Antrag als Punkt 10.3 auf die Tagesordnung genommen.

Fragestunde

MdKAV Parrondo bezieht sich auf eine Mitteilung des Vorsitzenden Sitki in TOP 4 und fragt an, warum die Liste, die die Angaben über die Teilnahme der KAV-Mitglieder an den Gremien enthält, vertraulich sei. Er möchte die Vertraulichkeit aufheben, da diese Informationen für alle interessant seien. Es findet eine Abstimmung zu folgendem Inhalt statt: „Die Vertraulichkeit dieser Liste wird aufgehoben und sie wird jedem KAV-Mitglied zugänglich gemacht.“ Das Plenum beschließt dies einstimmig.

Benennung einer Nachfolgerin, bzw. eines Nachfolgers für verschiedene Gremien

Für den Ältestenausschuss, den Haupt- und Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den OBR 5, sowie den Arbeitskreis Jugend und Prävention gibt es keine Vorschläge. Für den Arbeitskreis Migrantinnen und den Jugendhilfeausschuss hat MdKAV Maria Tsouras, die nicht anwesend ist, ihre Kandidatur bekannt gegeben. Sie wird für beide Gremien einstimmig gewählt.

Auswertung der Anhörung zur PISA-Studie am 17.05.2003

MdKAV Gülegen bekundet seinen guten Eindruck von der Anhörung. Der Schulentwicklungsplan sei allerdings bisher an der KAV vorbeigegangen. Die KAV sollte sich jedoch damit befassen, damit eine Korrektur noch möglich sei.

MdStvv Ligouri-Pace erklärt, dass der Schulausschuss dieses Thema in seiner Sitzung in der nächsten Woche behandeln wird.

MdKAV Parrondo ist ebenfalls der Meinung, dass die Veranstaltung gelungen sei. Besonders am Nachmittag habe er viele Anregungen erhalten.

Vorsitzender Sitki gibt bekannt, dass eine Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht wird.

Anträge

10.1. Kein weiterer Sozialabbau

MdKAV Esen begründet seinen Antrag und fügt an, dass die Migranten von jedem Abbau von sozialen Leistungen stärker betroffen seien.

MdKAV Akmadza weist darauf hin, dass der Antragsinhalt keine Angelegenheit der KAV sei. Dem stimmt auch MdKAV Gülegen zu.

MdKAV Dr. Kurt schließt sich diesen Meinungen an und schlägt eine Resolution vor. Diesem Vorschlag folgt auch MdKAV Rinaldi.

Vorsitzender Sitki teilt die vorhergehenden Argumente und erklärt, dass der Antrag die Bundesebene betreffe. Alternativ könnte man deshalb einen internen Antrag an die SPD richten.

MdKAV Esen bekundet, dass er nichts gegen die Form der Resolution habe.

MdStvv Dr. Eskandari-Grünberg erläutert, dass ein solcher Antrag im Ausschuss sehr schnell abgehandelt werden würde, weil er die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung nicht berühre. Sie unterstützt die Form einer Resolution und/oder Pressemitteilung.

Auch MdStvv Yüksel moniert die Form. Es sei nicht Aufgabe der KAV, die SPD darauf hinzuweisen, was richtig und was falsch sei. Außerdem habe die KAV nie einen Beschluss gefasst, der dem Satz „Wir zeigen Wege auf, ...“ aus der Begründung entspricht. Richtig sei deshalb eine Resolution.

MdStvv Zacardas relativiert die vorhergegangenen Aussagen: Wenn die KAV beunruhigt über den Sozialabbau sei, so solle sie auch diesen Unmut bekunden können. Die KAV solle das beschließen, was ihr wichtig ist.

Abstimmung: Umwandlung des Antragstextes in eine Resolution (welche noch erarbeitet werden muß!): Dem wird einstimmig zugestimmt!

10.2. Anfrage zu den Geschehnissen am 1. Mai 2003 in Fechenheim

MdKAV Parrondo erläutert den Antrag: Die Öffentlichkeit habe ein Recht, die näheren Umstände zu erfahren.

Abstimmung: Bei 2 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird der Antrag angenommen.

10.3. Umbenennung einer Straße in „Salvador-Allende-Straße“

MdKAV Parrondo erläutert auch diesen Antrag und weist darauf hin, dass sich am 11.09. der Todestag Allendes jährt. MdKAV Rinaldi ist der Meinung, dass es besser sei, eine konkrete Straße zu nennen.

MdKAV Dr. Kurt spricht sich gegen den Antrag aus. So werden Ereignisse, die in anderen Ländern stattgefunden haben, nach Deutschland transportiert.

Auch MdKAV Aygün ist dagegen, da es sehr viele ähnliche Ereignisse in allen Ländern der Erde gegeben habe. Es sei schlicht unmöglich, nun all diese Personen durch die Benennung von Straßen zu ehren.

MdKAV Parrondo erachtet es dagegen als sehr wichtig, dass sich ein Gedenken auch im Bild der Stadt widerspiegelt.

Abstimmung: 10 dafür, 3 dagegen, 4 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag angenommen.

+++++

18. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 30.06.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

Genehmigung der Tagesordnung

Es liegt ein Antrag von MdKAV Aygün vor, der nicht fristgerecht eingegangen ist. MdkAV Aygün begründet die Eilbedürftigkeit damit, dass infolge der anstehenden Sommerpause der Antrag sonst zwei Monate warten müsse.

Abstimmung: Bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung wird der Eilbedürftigkeit zugestimmt und der Antrag wird als TOP 9.6 auf die Tagesordnung genommen.

Die so veränderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Fragestunde

MdKAV Petkos beklagt, dass kein KAV-Mitglied an der letzten AGAH-Sitzung teilgenommen hat und nur sehr wenige an der „Parade der Kulturen“ und ist der Meinung, dass das Präsidium zu wenig getan habe.

Vorsitzender Sitki weist den letzten Vorwurf zurück. Das Präsidium habe alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel angewandt, um KAV-Mitglieder zu mobilisieren.

Zurückziehen der Anregung K 18 vom 10.02.2003

Vorsitzender Sitki plädiert dafür, die Anregung K 18 zurückzuziehen, da sie gegenstandslos ist. Die darin genannten Forderungen werden bereits von der Ausländerbehörde praktiziert.

Abstimmung: Bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme wird dem Zurückziehen zugestimmt.

Anträge

9.1. Auch Kunst kann Integration schaffen

Vorsitzender Sitki verliest den Antragstext.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2. Weniger Rente nach Umzug ins Ausland

Vorsitzender Sitki verliest den Antragstext.

MdKAV Carbone spricht sich für eine Zurückstellung aus. Einiges im Antragstext sei nicht ganz richtig und sollte noch einmal geprüft werden. Die Rente hänge auch von der Besteuerung im jeweiligen Land ab.

Dezernent Dr. Magen erklärt, dass die Rente im jeweiligen Land berechnet werden würde.

Auch MdKAV Parrondo ist für eine Zurückstellung. Außerdem sei es angebracht, diesen Antrag, der ja Bundespolitik betreffe, dem Bundesausländerbeirat zuzuleiten.

MdKAV Carbone empfiehlt, zu diesem Thema Experten einzuladen.

MdKAV Esen merkt an, dass es auch bei Erwerbsunfähigkeitsrente Abzüge gäbe.

MdKAV Dr. Kurt regt an, die Begründung um einen weiteren Aspekt zu erweitern: Und zwar könnten die Sozialkassen entlastet werden, wenn jemand mit geringer Rente ins Ausland umzöge, statt hier zu bleiben, wo er dann ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen würde. Vorsitzender Sitki betont, dass sich das Präsidium mit diesem Antrag eingehend beschäftigt habe und den Inhalt auch genau geprüft habe.

MdKAV Rinaldi spricht sich ebenfalls für Zurückstellung aus und erwähnt, dass es im Präsidium auch verschiedene Interpretationen gegeben habe. MdKAV Dr. Kurt meint, dass nichts dagegen spräche, die Anregung auch direkt an die Bundesregierung zu schicken.

Vorsitzender Sitki appelliert an alle, dem Antrag zuzustimmen und MdKAV Dr. Kurt weist noch einmal auf seine Ergänzung hin.

Abstimmung über das Zurückstellen:

14 dagegen, 3 Enthaltungen, 5 dafür.

Damit wird der Antrag nicht zurückgestellt.

Abstimmung über den Antrag mit der Ergänzung von MdKAV Dr. Kurt:

Bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung wird der Antrag in dieser Form angenommen.

9.3. Wohnraum für ausländische Studenten

Vorsitzender Sitki verliest den Antragstext.

MdKAV Parrondo merkt an, dass das Wort „mindestens“ zu viel ist und dass der Zusatz „ihrem Anteil entsprechend“ aufgenommen werden muss, da sonst eine positive Diskriminierung vorläge.

Der Antrag wird mit der vorgeschlagenen Änderung einstimmig angenommen.

9.4. Gab es doch Rasterfahndungen in Frankfurt am Main?

Vorsitzender Sitki verliest den Antragstext.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9.5. Migranten in Führungspositionen in der Stadtverwaltung Frankfurt am Main

MdKAV Akmadza verliest den Antragstext.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9.6. Keine Pflicht zu mehrtägigen Klassenfahrten

MdKAV Akmadza verliest den Antragstext.

MdKAV Carbone äußert große Bedenken bezüglich dieses Antrages. Klassenfahrten haben auch ein pädagogisches Programm und Ziel. Der Inhalt des Antrages aber bedeute Ausgrenzung und wäre überhaupt nicht integrationsfördernd. MdKAV Rinaldi hingegen sieht psychologische Faktoren, die eine Rolle spielen. Zwar sollten Klassenfahrten auf jeden Fall gemacht werden, jedoch gibt es Punkte, wie z.B. Finanzschwächen, die bei der Entscheidung der Eltern eine Rolle spielen.

MdKAV Carbone nennt drei Punkte, die gegen das Argument der schwachen Finanzen sprechen: 1. besage das Schulgesetz, dass keiner aus finanziellen Gründen von der Bildung ausgeschlossen werden kann. 2. würde bei Klassenfahrten immer (oft schon ein Jahr vorher) ein Finanzplan angelegt und 3. sei das Sozialamt verpflichtet, die Fahrt zu bezahlen, falls es anders nicht gehe.

MdKAV Aygün betont, dass es hier erstens nur um Klassenfahrten mit Übernachtungen gehe und dass es zweitens auch noch andere als nur finanzielle Gründe gäbe, die eine Rolle spielen. Er nennt hierzu einige Beispiele. MdKAV Carbone merkt an, dass alle Veranstaltungen außerhalb der Schule sowieso keine Pflichtveranstaltungen seien. Dies sieht MdKAV Aygün anders.

Dazu meint MdKAV Rinaldi, dass der Antrag umformuliert werden müsse, falls Klassenfahrten freiwillig seien. MdKAV Nikolic berichtet von Klassenfahrten nach Jugoslawien. Manche der Schüler hätten dazu Sozialhilfe erhalten.

MdKAV Aygün bekräftigt seinen Antrag noch einmal. Die bisherigen Einwände gingen teilweise völlig am Inhalt des Antrages vorbei. Es ginge nicht um die Finanzierung, sondern

um die Notlage, in die man die Schüler damit bringt. Nicht die Eltern, sondern die Schüler schämten sich deswegen. MdKAV Parrondo möchte deutlich machen, dass die Schulen sozial geprägt seien. Er vermutet andere Gründe, warum man die Kinder nicht auf die Reise schicken möchte, z.B. die Speisekarten. Er empfände es als schlimm, wenn hier nun vorgegebene Gründe genannt werden, auf die sich wieder Andere berufen könnten.

Dezernent Dr. Magen stimmt diesem zu. Es sei Schulpolitik, gerade alle Schüler einzuschließen. Die Schulen nähmen auch Rücksicht auf kulturelle Unterschiede. Eltern moslemischer Kinder machten sich manchmal Sorgen. Es sei notwendig, dort zu helfen und nachzuhaken, aber nicht über einen solchen Antrag.

MdKAV Dr. Kurt erklärt zunächst, dass er Öffentlichkeitsreferent der Türkisch-Islamischen Union sei. Als solcher habe er es auch mit diesem Sachverhalt zu tun. Er plädiert dafür, lieber Probleme ausdiskutieren und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, damit sich die Eltern keine Sorgen mehr machen müssten. Dieser Antrag wirke jedoch integrationshemmend.

MdKAV Aslan kennt das Problem aus seiner Vermittlungsarbeit. Er spricht sich gegen diesen Antrag aus, weil für ihn das Interesse der Schüler im Vordergrund steht.

Vorsitzender Sitki bittet nach diesen Äußerungen MdKAV Aygün, seinen Antrag zurückzuziehen und sich, wenn es um konkrete Fälle ginge, an die Stellen zu wenden, die vermitteln könnten.

MdKAV Aygün möchte seinen Antrag nicht zurückziehen. Abstimmung: 17 dagegen, 3 Enthaltungen, 4 dafür.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

19. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 01.09.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

Genehmigung der Tagesordnung

MdKAV Carbone macht darauf aufmerksam, dass einige Dokumente zur TO II nicht im letzten Versandpaket waren. Der stv. Vorsitzende Rinaldi schlägt vor, dies unter TO II bei den entsprechenden Punkten zu berücksichtigen. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Informationen des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle

Der stv. Vorsitzende Rinaldi dankt all denen, die beim Museumsuferfest am Stand mitgeholfen haben und gibt anstehende Termine bekannt. Die Informationen des Vorsitzenden liegen zur Sitzung aus.

Benennungen

– Ältestenausschuss:

Es liegt eine Kandidatur von MdKAV Langlet vor. MdKAV Langlet wird einstimmig gewählt.

- Ausschuss für Recht und Sicherheit:

MdKAV Hacioglu gibt seine Kandidatur bekannt. MdKAV Hacioglu wird einstimmig gewählt.

- Ortsbeirat 11:

Es gibt keine Vorschläge oder Kandidaturen

- Ortsbeirat 16:

Es gibt keine Vorschläge oder Kandidaturen

- Ständiger Arbeitskreis der Wohnungsvermittlungsstelle beim Amt für Wohnungswesen:

MdKAV Hacioglu gibt seine Kandidatur bekannt. MdKAV Hacioglu wird einstimmig gewählt.

– Sozialhilfekommission:

MdKAV Tsouras gibt ihre Kandidatur bekannt.

MdKAV Tsouras wird einstimmig gewählt.

- Interne Vertreterin, bzw. interner Vertreter für die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration:

Es liegt eine Kandidatur von MdKAV Langlet vor.

MdKAV Langlet wird einstimmig gewählt.

Wahl einer externen Sachverständigen bzw. eines externen Sachverständigen für die Magistrationskommission für Gleichberechtigung und Integration:

Es liegen vier Kandidaturen vor: Frau Pervin Atici, Herr Giuseppe Bruno, Frau Dr. phil. Annette E. Kühnel und Herr Rachid Rawas.

Da heute erst bekannt wurde, dass Frau Atici ihren Hauptwohnsitz nicht in Frankfurt am Main hat, kann sie jedoch nicht kandidieren.

Es findet eine schriftliche, geheime Wahl statt.

Von den 25 abgegebenen Stimmen sind alle gültig. Es entfallen auf

Frau Dr. phil. Kühnel 6 Stimmen

Herr Bruno 8 Stimmen und

Herr Rawas 9 Stimmen

sowie 2 Enthaltungen

Herr Rawas nimmt die Wahl an.

Anträge

9.1. Unterstützung des „Bockenheimer Mädchentisches“

Der stv. Vorsitzende Rinaldi erläutert den Inhalt des Antrages.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2. Ausländerbeiräte im Sozialkunde-Unterricht

Der stv. Vorsitzende Rinaldi erläutert den Inhalt des Antrages.

MdKAV Aslan spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es sei notwendiger, dass die KAV sich erst einmal selbst ernst nähme.

MdKAV Esen erklärt, dass das eine ganz andere Frage sei, die nichts mit dem Antragsinhalt zu tun habe.

Dieser Meinung ist auch MdKAV Parrondo und ergänzt, dass das, was MdKAV Aslan meine, mit den Jugendlichen diskutiert werden könne.

MdKAV Carbone bringt vor, dass auch Lehrer in Migrations-themen geschult werden sollten. Sie seien sehr oft mit diesen Themen in keiner Weise vertraut.

Der stv. Vorsitzende erklärt, dass dieser Antrag ja eine Anfrage sei. Nach Vorliegen der Antwort könne man mit den eben besprochenen Punkten fortfahren.

Es wird abgestimmt.

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Änderung der Geschäftsordnung

Die Zustimmung bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder. Dies sind 25.

Es sind genau 25 Mitglieder anwesend.

Der Änderung wird einstimmig ohne Enthaltung zugestimmt. Damit ist die neue Geschäftsordnung beschlossen.

+++++

20. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 01.10.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Genehmigung der Tagesordnung

Es liegen zwei Anträge vor, die nicht auf die Tagesordnung genommen werden konnten, da die letzte Präsidiumssitzung aufgrund Beschlussunfähigkeit nicht stattgefunden hat.

Vorsitzender Sitki schlägt vor, diese noch aufzunehmen. MdKAV Dr. Kurt schlägt eine Diskussion zum Kopftuch-Urteil vor. Vorsitzender Sitki regt an, dies unter dem TOP „Fragestunde“ zu diskutieren.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Genehmigung des Protokolls

Es gibt keine Einwände zum Protokoll der 19. Sitzung. Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Informationen des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle

Vorsitzender Sitki gibt aktuelle Termine bekannt.

Er wendet sich außerdem mit der Bitte an die KAV-Mitglieder, Vorschläge für die weitere Arbeit der KAV einzureichen. MdKAV Akmadza gibt einen Überblick über den Stand der Vorbereitung eines Treffens mit den ausländischen Vereinen.

Es finden Diskussionen zu jüngsten Presseveröffentlichungen statt:

Zum Plakat „75 Jahre Marktbetriebe“, auf dem eine unbekleidete, dunkelhäutige Frau zu sehen war, schlägt MdKAV Dr. Kurt vor, den zuständigen Dezernenten anzuschreiben, um ihn zu bitten, sich öffentlich zu entschuldigen. Der Leiter der Marktbetriebe hatte auf ein Schreiben des Vorsitzenden Sitki hin die Idee des Plakates für gut geheißsen.

Zum Artikel der „Frankfurter Neue Presse“ vom 24.09., in dem vier KAV-Mitglieder als „Islamisten“ bezeichnet wurden, erklärt MdKAV Dr. Kurt, dass das Schlagwort „Islamist“ seit dem Anschlag vom 11.09.2001, also seit 2 Jahren, durch die Presse und die Gespräche wandere, ohne eine kritische Prüfung und ohne eine Definition des Begriffes. Alle Moslems würden in einen Topf geworfen werden. Er schlägt ein Protestschreiben an die „Frankfurter Neue Presse“ vor. MdKAV Alemdar bezeichnet das Wort „Islamist“ als ein „Unwort des Jahres“. Er sei kein Mitglied von Milli Görüs, habe diese Organisation aber schon einmal kennen gelernt und dort keine gewaltbereiten Menschen angetroffen. Die Presse pauschalisiere wieder einmal, notwendig sei aber, zu differenzieren. Auch er schlägt vor, dazu etwas zu schreiben.

Vorsitzender Sitki erklärt, dass die KAV sich nicht über den Verfassungsschutz stellen darf und kann, sie kann also keine Aussagen über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit von Milli Görüs machen. Eine Pressemitteilung zu den Vorwürfen sei jedoch angebracht.

MdKAV Erbas gibt als einer der direkt Betroffenen an, dass MdKAV Tozuglu als Listensprecher auf jeden Fall reagieren will. Erbas erklärt, kein Mitglied von Milli Görüs zu sein. Die Liste Emigranten Union (EU) stehe der Milli Görüs genauso nahe wie jedem anderen türkischen Verein in Frankfurt.

Fragestunde

Es findet die vorgeschlagene Aussprache zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes statt.

Das BverfG hat entschieden, dass muslimischen Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches im Unterricht an staatlichen Schulen nicht ohne ein entsprechendes Gesetz verboten werden darf.

MdKAV Dr. Kurt erklärt, dass das Kopftuch nichts mit einer Unterdrückung der Frau zu tun hat, wie so oft unberechtigterweise behauptet werden würde. Seine Frau trage zum Beispiel freiwillig ein Kopftuch. Wenn man religiöse Symbole verbieten möchte, käme auch die christliche Kirche in Schwierigkeiten. Er spricht sich deshalb dafür aus, der Hessischen Landesregierung nahe zu legen, den Menschen mehr Freiheit einzuräumen.

MdKAV Ayyün unterstützt dies. Man könne nicht eine Religion benachteiligen. Und auch der Hinweis, jeder könne ja in seiner Heimat seine Religion ausüben, sei unüberlegt: hier sei ja die Heimat dieser Menschen und hier wollen sie auch ihre Religion ausüben. Er schlägt eine Presseerklärung vor. MdKAV Alemdar sagt, dass viele Vorurteile über den Islam existieren. Eines davon betreffe das Kopftuch. Die KAV müsse darauf hinwirken, dass Ministerpräsident Koch hier gestoppt wird.

MdKAV MazeH betont, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung in den Gesetzen spiegeln müsse.

Vorsitzender Sitki warnt vor einer vorschnellen Entscheidung der KAV. Er rät MdKAV Dr. Kurt einen Antrag oder eine Resolution zu verfassen.

MdKAV Dr. Kurt bedauert den bisherigen Verlauf der Diskussion: Kein Vertreter einer nicht-religiös orientierten Liste habe sich bisher dazu geäußert.

MdKAV Gülegen weist darauf hin, dass die AGAH in ihrer Pressemitteilung die Überzeugung geäußert habe, dass Ministerpräsident Koch kein isoliertes Kopftuch-Verbot gesetzlich arrangieren kann.

MdKAV Parrondo ist ebenfalls über den Verlauf der Diskussion enttäuscht, aber aus einem anderen Grund: Sie sollte eigentlich nicht pro und kontra Kopftuch gehen, sondern generell darum, ob alle religiösen Symbole zu erlauben oder zu verbieten sind. Er selbst ist der Meinung, dass sie alle nicht in öffentlichen Gebäuden zu sehen sein sollten.

Aus dem gleichen Grund ist auch MdKAV Tsouras von dieser Diskussion enttäuscht. Sie kann auch nicht verstehen, warum MdKAV Dr. Kurt hier etwas Privates ins Gespräch bringt. MdStvv Brillante weist auf das Beispiel Frankreich hin, dort funktioniere ein wirklicher Laizismus.

MdKAV Dr. Kurt erwidert auf den Vorwurf von MdKAV Tsouras, dass sich seine privaten Äußerungen lediglich auf den Vorwurf bezogen haben, dass das Kopftuch nach den Meinungen einiger ein Symbol der Unterdrückung sei.

Benennung einer internen Nachfolgerin bzw. eines internen Nachfolgers für die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration

Es liegen keine Vorschläge und keine Kandidaturen vor.

Aktuelles zu KAV-Anträgen

Wichtigster Punkt ist, dass die Antidiskriminierungsrichtlinie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Vorsitzender Sitki gibt den weiteren aktuellen Stand der Anregungen und Anfragen der KAV bekannt.

Anträge

9.1. Umsetzung Leitfaden „Bürgernahe Verwaltungssprache“
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2. Wie bewähren sich die Vorlaufkurse?
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.3. Resolution gegen Kochs Kahlschlag und die Agenda 2010
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

+++++

21. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 03.11.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Genehmigung der Tagesordnung

Es liegt eine Resolution der KAV-Mitglieder Dr. Kurt und Alemdar vor. Der stellvertretende Vorsitzende Akmadza schlägt vor, diese Resolution unter dem Tagesordnungspunkt 11 – Anträge – zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Informationen des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle

Der stellvertretende Vorsitzende Akmadza gibt aktuelle Termine bekannt.

Er berichtet außerdem davon, dass das Land den Ausländerbeiräten Fördermittel für Sprachkurse zur Verfügung stellen wird, vom Stadtteilprojekt Gallus, bei welchem zwei Mitglieder der KAV mitwirken können und von einer Anstecknadel, die KAV-Mitglied Erbas für alle KAV-Mitglieder hat anfertigen lassen.

Stadtrat Dr. Magen rät, sich betreffend der Sprachkurse an die Ämter zu wenden.

Fragestunde

MdKAV Aygün fragt, ob es anlässlich von Weihnachten und/oder Ende des Ramadan noch ein Fest der KAV geben wird.

Der stellvertretende Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Vorbereitungen für eine Veranstaltung mit den Vereinen am 28. November bereits laufen.

MdKAV Parrondo fragt nach, warum in den Presseerklärungen der KAV nur das Sparprogramm der Hessischen Landesregierung angeprangert wurde und nicht auch das des Bundes. Außerdem sei in einem kürzlich erschienenen Artikel in der FAZ die Diskussion in der KAV unzureichend und teils auch falsch wiedergegeben worden.

MdKAV Alemdar stellt zwei Angaben aus dem angesprochenen Artikel richtig: 1. Sei das Kopftuch nicht überall in der Türkei verboten und 2. sei die DITIB ein Verein und keine staatliche Organisation.

Stadtrat Dr. Magen antwortet darauf, dass die Presse nie alles wiedergibt. Und bezüglich der Sparprogramme weist er darauf hin, dass z.B. in Nordrhein-Westfalen genau das Gleiche laufe wie in Hessen.

MdKAV Emir macht darauf aufmerksam, dass die KAV beim Saalbau-Cup 2003 den zweiten Platz erreicht habe.

„Bockenheimer Mädchentisch“

In der Sitzung vom 1. September hat die KAV den Antrag gestellt, die Stadt Frankfurt am Main möge den „Bockenheimer Mädchentisch“ ab 01.04.2004 mit jährlich 30.000 Euro unterstützen. Inzwischen liegen neue Erkenntnisse vor, dass der finanzielle Zuschuss schon vorher, wahrscheinlich ab 01. Februar 2004 notwendig wird. Da der Antrag bereits gestellt ist und auf die Etatberatungen verschoben wurde, müssten die Mitglieder in den Ausschüssen, besonders in der Stadtverordnetenversammlung und dem Haupt- und Finanzausschuss tätig werden und in den Haushaltsberatungen darauf hinweisen.

Aktionen zum Sparprogramm der Landesregierung

Die KAV hat in ihrer letzten Sitzung am 1. Oktober eine Resolution beschlossen, sich intensiv an Aktionen gegen das Sparprogramm der hessischen Landesregierung zu beteiligen.

In seiner Rede hierzu greift MdKAV Esen die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft auf, die Ministerpräsident Koch seinerzeit die Wahl gewinnen ließ. Sie war laut MdKAV Esen eine ausländerfeindliche Aktion. Weiter spricht er die Schwarzgeld-Affäre an, sowie die jüngsten Entgleisungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann.

Die Streichliste wende sich gezielt gegen Einrichtungen aus dem rot-grünen Umfeld. Es sei Absicht der CDU, gerade an den sozialen Einrichtungen zu sparen. Aber die Sparpolitik gehe auch darüber hinaus und treffe nicht nur Randgruppen. MdKAV Esen macht schließlich auf die Termine der nächsten Kundgebungen zu diesem Thema aufmerksam.

MdKAV Aslan spricht in seiner Rede an, dass es nicht nur darum ginge, die landespolitischen Sparprogramme zu kritisieren, sondern auch die des Bundes. Jedoch die CDU zerstöre nicht nur die bestehenden sozialen Strukturen, sondern auch die Integration.

MdKAV Parrondo greift einen weiteren Aspekt auf und appelliert an die KAV, die Stadt Frankfurt am Main bei der Streitfrage der Umlagefinanzierung zu unterstützen. Auch er macht auf die Kundgebung am 18. November in Wiesbaden aufmerksam.

Situation der Herder-Schule

Erstmals in Frankfurt am Main soll ein Gymnasium geschlossen werden. Die Herder-Schule ist ein Gymnasium mit einem 62prozentigen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, was, wie wir aus unserer Veranstaltung im Mai wissen, wirklich ein Ausnahmefall ist, da leider ausländische Schülerinnen und Schüler sonst nicht so stark in Gymnasien vertreten sind. Der Schulelternbeirat der Herder-Schule hat sich hilfeschend u.a. auch an die KAV gewandt.

MdKAV Kuntich berichtet von einem Gespräch mit dem Schulleiter. Am 25.11. findet eine Podiumsdiskussion in der Schule statt. Auch ein KAV-Vertreter könne sich daran beteiligen. MdKAV Kuntich fragt, ob eine/r der Zuständigen für den Bereich

Schule auf das Podium möchte. Er macht auch darauf aufmerksam, dass der Schulleiter zur nächsten KAV-Plenarsitzung eingeladen werden möchte.

MdKAV Carbone merkt an, dass einige Probleme der Schule unter Umständen nicht aufgetreten wären, wenn die Schule gezielt auf Bilingualität gesetzt hätte. Sie hat große Bedenken zu dem, was bisher in dieser Schule gelaufen ist und schlägt vor, dass ein Präsidiumsmitglied auf das Podium gehen solle. MdStvv Dr. Liguori-Pace äußert ihren Unmut darüber, dass eine Schule mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund geschlossen werden soll, eben weil der Anteil so hoch sei. Die Schule selbst habe ein hohes Niveau, lediglich ihr Ruf sei schlecht.

Der stellvertretende Vorsitzende Akmadza erklärt, dass das Präsidium klären wird, wer sich an der Podiumsdiskussion beteiligt.

Anträge

Resolution zum Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichtes MdKAV Parrondo ist sich über die Zielrichtung der Resolution im Unklaren. Er macht darauf aufmerksam, dass es keine bundeseinheitliche Regelung geben wird. Das Land Baden-Württemberg habe bereits einen Entwurf gefertigt, dessen Inhalt allerdings noch nicht bekannt sei. Er schlägt deshalb vor, diesen Entwurf abzuwarten.

MdKAV Alemdar geht auf die Frage des MdKAV Parrondo ein und erklärt, dass der Inhalt der Resolution eindeutig sei. Es habe keinen Sinn, zu warten, bis etwas geregelt sei und inzwischen die CDU/CSU das Thema wieder bei einem Wahlkampf benutzen könne.

MdKAV Dr. Kurt gibt an, die Zielrichtung sei entsprechend den Presseerklärungen der AGAH. Es sei doch klar, dass sich die KAV in dieser Angelegenheit zu Wort melden würde.

MdKAV Parrondo meint, dass es in dieser Debatte viele Aspekte gäbe, die fragwürdig seien. Religion sollte zur Privatsache erklärt werden und hat in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nichts zu suchen.

Auch MdKAV Aslan hat eine Frage an die Antragsteller: Wieso seien zur 80-Jahr-Feier der Republik Türkei die Politiker-

Ehefrauen, die Kopftücher tragen, nicht eingeladen worden? Die Probleme seien also noch nicht einmal in der Türkei gelöst.

MdKAV Kuntich merkt an, dass es nicht nur in der Türkei Muslime gäbe, sondern u.a. auch in Deutschland. Selbst einige deutsche Frauen seien Muslima. Die Diskussion „Vergleich Deutschland/Türkei“ sei deshalb falsch.

Auch MdKAV Aygün macht darauf aufmerksam, dass die KAV nicht die Türkei vertrete, sondern die in Frankfurt lebenden Ausländer.

MdKAV Alemdar bittet um eine sachliche Diskussion und liest Passagen aus der Resolution vor, um klarzustellen, dass sie keine extremen Standpunkte enthält.

MdKAV Dr. Kurt erklärt, dass er lediglich Gleichbehandlung aller Religionen und religiöser Praktiken fordert. Er habe nie geschrieben, dass das Kopftuch verboten oder erlaubt werden sollte. Das sei mit Absicht offen gelassen worden.

MdKAV Mazeh weist darauf hin, dass es im angesprochenen Urteil heiße, dass die Gesetzgebung die gesellschaftliche Entwicklung wiedergeben sollte.

MdKAV Rinaldi meint, dass das Grundproblem woanders läge: In der Angst, dass Deutschland islamisiert werde.

MdKAV Solomon appelliert daran, den Menschen ihre persönliche Freiheit zu lassen und nicht derart in ihr Leben eingreifen zu wollen. Sie befürworte deshalb den Antrag.

MdKAV Rinaldi gibt ihr grundsätzlich Recht, merkt aber an, dass es hier eben um staatliche Einrichtungen gehe und nicht um private Freiheiten.

MdKAV Esen befürchtet, dass eine Ausweitung dieser Diskussion wieder Ausländerfeindlichkeit entfachen könne.

MdKAV Parrondo schlägt vor, den letzten Satz des ersten Absatzes zu streichen, da er schlichtweg falsch sei und den ersten Satz des zweiten Absatzes wie folgt zu ändern:

„Die Diskussion über die Entscheidung des BverfG wird die öffentliche Auseinandersetzung über Kopftuch, Islam und Muslime aufflammen lassen und den Stammtischen der rechten Gruppierungen Nahrung geben.“

MdKAV Dr. Kurt ist lediglich mit der zweiten Änderung einverstanden, nicht jedoch mit der Ersten. Er erklärt noch

einmal, dass diese Resolution weder pro noch kontra sei, sondern ein Wegweiser sein soll.

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die so geänderte (zweiter Absatz) Resolution zur Abstimmung.

Es stimmen:

9 dafür

3 dagegen

12 Enthaltungen

Damit ist die Resolution angenommen.

+++++

22. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 01.12.2003 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende Sitki eröffnet die 22. öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main. Er begrüßt Stadtrat Dr. Magen, die Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung, die Vertreter der Ämter sowie die anwesenden Gäste, u.a. Herrn Dr. Pott, Leiter der Herderschule, Frau Heckmann, Frau Kehl und Herrn Richter vom Elternbeirat der Herderschule, Frau Mathé vom Quartiersmanagement „Am Bügel“, Frau Voigt-Hiller und Frau Steinmetz aus zwei Kindertagesstätten „Am Bügel“.

Situation der Herder-Schule

Der Vorsitzende Sitki erläutert dem Plenum die Situation und zitiert aus einem aktuellen Zeitungsartikel. Danach erteilt er dem Leiter der Schule, Herrn Dr. Pott, das Wort.

Herr Dr. Pott gibt zunächst ein Portrait der Schule, welche mit Schülerinnen und Schülern aus 37 Nationen in dieser Hinsicht wahrscheinlich einmalig in Hessen sei. 63 Prozent der Schüler haben einen Migrationshintergrund. Die geringe Schülerzahl von ca. 400 Schülerinnen und Schülern sei sogar nach Ansicht der Wissenschaft förderlich für die Integration, da eine sinnvolle Förderung nur in kleinen und überschaubaren Gruppen möglich sei.

Herr Dr. Pott erklärt sich die sinkende Anmeldezahl mit Ängsten der Eltern vor der Schülerzusammensetzung, denn die Schule sei nicht unattraktiv. In den letzten Jahren wurde die nun erforderliche Anzahl von 80 Anmeldungen nicht mehr erreicht.

Von der KAV erhofft sich der Schulleiter, dass sie ihren Einfluss in der Politik geltend macht, aber auch, dass die Mitglieder mit ihren Landsleuten sprechen und sie davon überzeugen, ihre Kinder an der Herderschule anzumelden.

Auch Herr Richter (Elternbeirat der Schule) vermittelte einen Eindruck der Schule. Der gymnasiale Abschluss lasse sich durchaus mit dem einer renommierten Nachbarschule vergleichen. Die Schule habe eine überschaubare Schülerzahl und ein übersichtliches Gelände. Besonders interessant seien die Angebote der pädagogischen Nachmittagsbetreuung und der Fördergrundkurs Deutsch, welcher einen hohen Integrationswert darstelle.

MdKAV Kuntich berichtet von der Podiumsdiskussion in der Schule am 25.11. Die Eltern haben versucht, auf den Schulamtsleiter dahingehend einzuwirken, dass die Schließung zurückgenommen wird. MdKAV Kuntich betont, dass kein Elternteil sein Kind bei einer Schule anmeldet, die wahrscheinlich kurz vor der Schließung steht. Die Bedingung sei also in jeder Hinsicht negativ. Er schlägt vor, einen Antrag zu stellen, die geplante Schließung aufzuheben.

Es werden folgende Fragen an den Schulleiter gestellt:

MdKAV Dr. Kurt fragt, wie es zu der Entwicklung der abnehmenden Anmeldezahlen gekommen sei und bemerkt außerdem, dass der prozentuale Anteil von Migrantenschülern in etwa dem der Migranten in der Stadt entsprechen sollte.

MdStv Yüksel geht auf diesen letzten Punkt ein und betont, dass die Schulpolitik der zukünftigen Entwicklung gerecht werden

müsse und der Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher nehme ja zu. Er fragt, was passiert, wenn die 80 Anmeldungen nicht erreicht werden, wieviel Schüler zur Zeit die Schule besuchen und wie es mit der Belegschaft aussehe.

MdStvv Brillante weist darauf hin, dass bekannt sei, dass ausländische Schüler in den Hauptschulen überrepräsentiert und in den Gymnasien unterrepräsentiert sind. Er bedauert, dass gerade eine Ausnahmeerscheinung beendet werden soll. Seine Fragen an Herrn Dr. Pott: Seit wann ist die Schule nicht mehr attraktiv? Und was wurde bisher dagegen unternommen?

Frau Heckmann vom Elternbeirat wehrt sich gegen die Meinung, dass Bildung verkauft werden kann oder muss. Die Besuchszahlen einer Schule seien keine Frage des Marketings. Wenn zugelassen werde, dass die eine Schule überfüllt sei, während eine andere geschlossen werden soll, weil die Schülerzahlen rückläufig seien, dann sei das politischer Wille.

MdKAV Aygün weist darauf hin, dass die ganze Angelegenheit keine Frage von Deutsch oder nicht Deutsch sei. Die jugendlichen Schüler unterscheiden sich kaum trotz ihrer unterschiedlichen Nationalität und sie alle werden auch später Teil derselben Gesellschaft sein.

MdKAV Erbas fragt nach den Anmeldezahlen der Nachbarschulen und ob diesen auch eine untere Grenze gesetzt sei.

Dass eine Schule mit hohem Ausländeranteil auch mitunter für ausländische Eltern unattraktiv sei, betont MdKAV Kuntich und regt an, nicht nur ausländische Eltern vom Besuch der Herderschule zu überzeugen, sondern Eltern schlechthin.

MdKAV Aslan erinnert daran, dass in Zukunft das Problem größer wird. Es sei nun mal eine Tatsache, dass ausländische Familien kinderreicher seien als deutsche. An allen Schulen wird daher der Anteil von Migrantenkinder wachsen.

Herr Dr. Pott beantwortet die gestellten Fragen: Der Ruf der Schule ist schlechter als die Schule selbst, denn das Konzept ist erfolgreich. Es ist also doch auch eine Frage des Verkaufens. Die Schule hat sich bisher in Eigeninitiative an alle Grundschulen gewandt und auch Grundschullehrer in die Schule eingeladen. Dr. Pott ist bereit, mit ausländischen Vereinen Kontakt aufzunehmen, aber er teilt ebenso die Auffassung, dass auch deutsche Eltern überzeugt werden müssen.

Zur Schule erklärt er, dass zur Zeit ca. 400 Schülerinnen und Schüler die Schule besuchen und 38 Lehrkräfte beschäftigt sind. Der Anteil an Migrantenkindern war 1990 höher als heute.

Frau Kehl vom Elternbeirat der Schule stellt klar, dass es hier auch um die soziale Herkunft der Schüler gehe. An dieser Schule wird ausnahmsweise der Bildungsauftrag erfüllt, ohne die soziale Herkunft negativ zu beurteilen, das heisst, dass hier weniger Kinder aus privilegierten Familien zu finden sind.

Dies betont auch Frau Heckmann, ebenfalls aus dem Elternbeirat, und merkt an, dass es leichter sei, eine Schule zu schließen, deren Schüler aus unterprivilegierten Familien kommen.

Auch Stadtrat Dr. Magen ist der Auffassung, dass die Schule nicht aus dem Grund schlechter sei, weil ihr Ausländeranteil höher sei. Er schlägt vor, Fakten herauszustellen, z.B. wieviele ehemalige Schülerinnen und Schüler hinterher erfolgreich waren.

MdKAV Dr. Kurt wundert sich darüber, dass das Schulamt die Anmeldungen nicht regelt, da sonst in Deutschland doch so viel geregelt wird.

MdKAV Tsouras bittet die KAV darum, darauf zu achten, wie sie sich ausdrückt. Das Problem liege hier ganz eindeutig nicht an der ausländischen Schülermehrheit. Die KAV müsse darauf achten, dass Ausländer weder im Positiven noch im Negativen für Begründungen herhalten müssen, für die sie nicht verantwortlich sind.

MdStvv Yüksel vergleicht die Herderschule mit der „International School“. Im Falle der „International School“ seien die Eltern stolz, dass ihre Kinder sie besuchen. Einen solchen Stolz sollten die Eltern der Herderschule ebenfalls entwickeln.

MdKAV Parrondo sieht die Verantwortung für die Situation ebenfalls zu einem großen Teil beim Stadtschulamt und dessen Zuweisungen.

Zum Abschluß der Diskussion bedanken sich der Schulleiter Dr. Pott, sowie die Vertreter des Elternbeirates dafür, dass sie eingeladen wurden, um im Plenum der KAV ihre Situation darstellen zu können. Herr Richter appelliert an die Stadtverordnetenversammlung, ein klares Votum für den Erhalt der Schule abzugeben.

Anträge

Vorab erfragt der Vorsitzende Sitki ein Votum für ein Schreiben des MdKAV Aygün an das Stadtteilbüro Fechenheim. Dem Stadtteilbüro droht mit Ablauf einer befristeten finanziellen Hilfe der Stadt Frankfurt nächstes Jahr die Schließung. MdKAV Aygün setzt sich dafür ein, dass es erhalten bleibt.

Vorsitzender Sitki liest das Schreiben vor. Die KAV votiert einstimmig dafür.

9.1 Notstand in den Kitas „Am Bügel“ beseitigen.

Vorsitzender Sitki erteilt Frau Mathé und den anwesenden Erzieherinnen aus zwei Kitas das Wort.

Frau Mathé erläutert die Situation, die sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert hat. Eine Gruppenbetreuung von 1 ½ Erzieherinnen pro Gruppe von 21 Kindern, von denen 80 – 97 Prozent Migrationshintergrund haben, sei nicht mehr tragbar. Von einer Integrationsarbeit könne keine Rede mehr sein.

Anschließend berichten Frau Voigt-Hiller und Frau Steinmetz aus ihrer praktischen Arbeit.

Der Vorsitzende Sitki schlägt vor, den Antragstext wie folgt zu ändern:

1. Es sollen alle Kindertagesstätten im Gebiet „Am Bügel“ unter die Forderungen fallen.

2. Punkt 1 und 2 der Forderungen sollen getauscht werden.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

9.2 Bekanntmachung der Antidiskriminierungsrichtlinie

Vorsitzender Sitki liest den Antragstext vor.

Stadtrat Dr. Magen erklärt, dass einige Punkte schon in Bearbeitung seien, z.B. die Aufnahme in die Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung (AGA) und ins „Stadtrecht“ der Stadt Frankfurt am Main. Der Magistrat sei auch bereits mit der Verbreitung der Richtlinie beschäftigt.

MdKAV Dr. Kurt fragt den Stadtrat, warum es keine Pressekonferenz gegeben habe, wie bei anderen neuen Projekten und Maßnahmen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA). Er fragt außerdem, wie es sich das AmkA vorstellt, die neue Arbeit bewältigen zu können. Wird es neue Organisationseinheiten, neue Mitarbeiter geben und

wieviele Beschwerden seien schon seit der Einführung eingegangen?

Stadtrat Dr. Magen gibt an, dass der derzeitige Personalstand ausreichend sei. Es werde ja nicht bei „0“ angefangen, sondern Beschwerden würden schon seit Jahren beim AmkA eingehen, davon beträfen etwa 20 – 30 Mitarbeiter der Stadt Frankfurt.

MdkAV Rinaldi äußert, dass es wichtiger sei, die Richtlinie nun wirksam publik zu machen.

MdKAV Dr. Kurt schlägt vor, dass das AmkA und die KAV gemeinsam eine Pressekonferenz einberufen sollten. Diesem Vorschlag schließt sich MdKAV Erbas an.

Stadtrat Dr. Magen wiederholt, dass die Presse bereits ausführlich informiert wurde. Aber MdKAV Dr. Kurt bezweifelt, dass auch die ausländische Presse davon Kenntnis bekommen habe. Er habe auf jeden Fall in den türkischsprachigen Zeitungen nichts darüber gelesen.

MdKAV Parrondo schlägt vor, dass die KAV das Plakat erstellen solle, schließlich sei sie zu 75 Prozent für das Zustandekommen der Richtlinie verantwortlich.

Stadtrat Dr. Magen stellt klar, dass nur die verantwortliche Dienststelle, in diesem Falle das AmkA, ein solches Plakat erstellen könne.

Abstimmung: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.3. Bockenheimer Mädchentisch – Zusatzantrag

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.4. Interkulturelle Kompetenz definieren und in der Stadtverwaltung umsetzen

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

IV Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilung vom 17. Januar 2003:
Landtagswahl – nicht alle dürfen wählen!

Wenn am 2. Februar in Hessen die Wahllokale öffnen, steht jeder 10. Einwohner Hessens und jeder 4. Einwohner Frankfurts trotzdem vor verschlossener Tür.

Die ausländische Bevölkerung darf nicht mitentscheiden, wie sich der zukünftige Landtag in Wiesbaden zusammensetzt. Dieser Landtag beschließt zum Beispiel über die Schul- und Bildungspolitik im Lande. Der „Hessische Migrationsreport 2002“ deckt auf: Während der Anteil der ausländischen Schüler am Gymnasium besonders niedrig ist, war der Besuch der Sonderschule wie auch der Hauptschule im Vergleich zu den deutschen Schülern mehr als doppelt so hoch. Jedes fünfte ausländische Kind wurde später eingeschult. Aus solchen Benachteiligungen ergibt sich das Arbeitslosenbild: Die Arbeitslosenquote war im Jahr 2000 mit 14 % mehr als doppelt so hoch wie in der deutschen Bevölkerung (6 %).

Ob sich hier etwas zum Positiven verändern wird? Die Ausländer selbst haben nicht einmal einen mittelbaren Einfluß darauf!

Der Landtag beschließt auch über die Kommunalverfassung. Die Fragen eines Wahlrechts wenigstens auf kommunaler Ebene für alle Ausländer oder die Existenzberechtigung eines Ausländerbeirates werden hier festgelegt. Ob es aber überhaupt einen solchen Beirat gibt und welche Möglichkeiten er hat, darüber dürfen die Ausländer selbst nicht mitentscheiden.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war der Gegensatz der Rolle der Ausländer und ihrer gesetzlichen Mitsprache so groß. In fast allen Bereichen des Lebens – von der Industrie bis zu den Sportvereinen – gestalten Migranten bereits dieses Land mit. Sie wegzudenken, hinterließe manche nicht wieder auffüllbare Lücke. Dies spiegelt sich allerdings in der Politik nicht wieder.

Die KAV Frankfurt am Main hofft, dass die Verantwortlichen endlich zur Einsicht gelangen, dass Integration und Mitverantwortung nur über Mitentscheidung möglich ist.

Wir hoffen auch, dass die deutschen Bürger Hessens am 02. Februar die Parteien wählen, die für Demokratie und Gleichberechtigung einstehen.

Pressemitteilung vom 11. Februar 2003:

KAV unterstützt bundesweite Demonstration gegen den Krieg

In ihrer Plenarsitzung vom 10.02.2003 hat die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) beschlossen, 20 Arbeitslosen die Busfahrt zur bundesweiten Demonstration gegen den Krieg im Irak am 15. Februar in Berlin zu finanzieren. Hiervon sammelten die anwesenden KAV-Mitglieder die Hälfte des Betrages sofort in der Sitzung ein. Die andere Hälfte wird aus den Mitteln der KAV abgedeckt.

Nachdem sich die KAV schon in ihrer vorletzten Sitzung am 13. Januar einstimmig gegen den drohenden Krieg im Irak ausgesprochen hatte, ist diese Aktion als eine weitere Zeichensetzung gedacht.

Interessierte Arbeitslose können sich noch bis zum 14. Februar in der Geschäftsstelle der KAV, Walter-Kolb-Str. 9-11 melden, um dort die Bus-Fahrkarten in Empfang zu nehmen.

Pressemitteilung vom 13. März 2003:

Eine Stadtverwaltung für und mit Migranten?

Diese Frage muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Sicherlich hat sich die Stadtverwaltung diesen Slogan selbst auf ihre Fahnen geschrieben und sicherlich gibt es dafür auch gewisse sichtbare Anzeichen, wie z.B. das Projekt „Xenos“,

welches als einzige Aufgabe hat, den Anteil der Migranten an den Beschäftigten der Stadtverwaltung zu erhöhen. Aber wo bleibt der Erfolg?

Ja, es gibt sie, die nicht deutschen Beschäftigten in den Räumen der Verwaltung. Einer aktuellen Stellungnahme des Magistrats – auf eine Anfrage der KAV (Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung) hin – zufolge sind es alleine in der Gemeindeverwaltung (ohne Sondervermögen) 1.271 Menschen, was einen Anteil von 9,38 % ausmacht. Das hört sich zunächst einmal gar nicht schlecht an.

Ein näherer Blick hingegen offenbart den Skandal: Fast die Hälfte dieser Beschäftigten (564) sind ungelernte Arbeiter, man trifft sie also unter anderem als Reinigungskräfte, im stadtinternen Postdienst oder als Gartenarbeiter an. Und ganze 11 Beschäftigte sind im höheren Beamten- oder Angestelltendienst. Die Pyramide der Ungleichheit wird perfekt, wenn man die sonstigen Gruppen wie gelernte Arbeiter (113), den einfachen Dienst (167) und den mittleren Dienst (340) hinzunimmt.

Auf eine erste Anfrage der Fraktion der Grünen hin, wollte man die Zahlen noch beschönigen: Der Magistrat berichtete nur über die Zunahmen und auch nicht über die Eingruppierungen. Erst die Nachfrage der KAV brachte es ans Licht: Stellt man Zunahmen und Abnahmen gegenüber, stellt sich ein Minus von 27 nicht deutschen Beschäftigten heraus.

Selbst im Amt für multikulturelle Angelegenheiten – einem Amt, das sich früher einmal dadurch ausgezeichnet hat, dass es zur Hälfte mit Deutschen und mit nicht Deutschen besetzt war, arbeiten nun zwei nicht Deutsche weniger, was bei der Gesamtbesetzung von 20 Beschäftigten schon stark ins Gewicht fällt. Heute ist das Verhältnis 16 : 4 ! Sämtliche Leitungsfunktionen sind mit Deutschen besetzt.

Die Stellungnahme weist zwar darauf hin, dass Eingebürgerte die Statistik verfälschen, aber ob sie diese Deutlichkeit relativieren kann, ist mehr als fraglich.

Die Stadt konnte auch die Anzahl der Migrantinnen und Migranten unter den Auszubildenden bisher nicht erhöhen und schiebt dies der mangelnden Qualifikation in die Schuhe. Und doch mußte ein überaus qualifizierter italienischer Abiturient nach seinem nicht bestandenen Einstellungstest von einer Mitarbeiterin des Arbeitsamtes hören: „Was? Sie wollten zur Stadt? Das hätte ich ihnen gleich sagen können: Die wollen keine Ausländer!“

Qualifizierte Migranten gibt es – nicht nur unter den Auszubildenden. Die KAV spricht sich nicht dafür aus, unqualifizierte einzustellen, sondern dafür, den Qualifizierten mehr Chancen einzuräumen und ihnen auch Leitungsfunktionen anzuvertrauen.

Hat die Stadt Frankfurt am Main – internationale Bankenstadt und „City Of The Euro“, werbend für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 und kämpfend um den Verbleib der internationalen Buchmesse – wirklich nicht die Kraft, nicht den Mut und auch nicht den Willen, Migranten in ihren Dienst zu nehmen?

Pressemitteilung vom 13. März 2003:

Die Verwaltungssprache – eine Fremdsprache, auch für Deutsche

Wenn sich eine Behörde mit einem freundlichen Brief an einen Bürger wendet, so sieht dieser sich oft mit einer Fremdsprache konfrontiert. Mit Umschreibungen wie „Rechtsbehelfsbelehrung“, „säumiger Zahlung“ oder gar dem umständlichen „Fahrtrichtungsanzeiger“ kann selbst ein Deutscher oft nichts anfangen. Wie viel mehr steht da ein Migrant, selbst wenn er sehr gut Deutsch sprechen und verstehen kann, vor einer Sprache, für die es keinen VHS-Kurs gibt.

Das muss nicht sein - wie jüngst die Stadtverwaltung Bochum erkannt hat und auch die Reaktion nicht lange auf sich warten ließ. Erschienen ist ein „Leitfaden für eine bürgernahe Verwaltungssprache“.

Er enthält eine Reihe von Ratschlägen, um althergebrachte Formulierungen zu vermeiden. So kann die berühmte „Rechtsbehelfsbelehrung“ genauso gut mit „Ihre Rechte“ überschrieben werden, ein „Schreiben“ kann auch „Brief“ genannt werden und der „Fahrtrichtungsanzeiger“ kann wieder zum wohlbekannteren „Blinker“ werden.

Die KAV (Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung) fordert einen solchen Leitfadens in einem aktuellen Antrag auch für die Stadtverwaltung Frankfurt.

Bürgernähe kann nämlich auch einfach und kostengünstig sein. Die Umsetzung des Leitfadens kann schnell und unproblematisch erfolgen.

Schon in ein paar Monaten könnte die Stadtverwaltung verständlichere Briefe an ihre Bürger, und zwar die ausländischen und die deutschen, verschicken.

Pressemitteilung vom 14. Mai 2003:

Anhörung zu Schulkarrieren von Migrantenkindern am 17.05.2003

Das schlechte Abschneiden deutscher Schulen in der PISA-Studie hat eine breite und kontroverse Diskussion über Fehler in Politik, Schule und Familie ausgelöst. Mitunter wurde auch die Überrepräsentation von Migrantenkindern in bestimmten Regionen und Schulen dafür verantwortlich gemacht.

Unter dem Titel „Migrantenkinder sind ein Schatz, den es zu heben gilt“ möchte die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) dieser Frage am 17.05.2003 von 10 bis 17 Uhr im Plenarsaal des Römers, Römerberg 23, nachgehen. Die Anhörung wird sich darüber hinaus damit beschäftigen, welche Maßnahmen bereits laufen, ob diese ausreichen und was noch getan werden sollte.

Unter den Referenten aus der Praxis (Schulen), den Ministerien und der Wissenschaft sind Frau Prof. Dr. Haller, Herr Prof. Dr. Radtke und Frau Hochstätter vom Staatlichen Schulamt.

Die KAV lädt alle Interessierten ein, sich zu informieren und gibt Gelegenheit, die Referenten direkt zu befragen. Der Eintritt ist frei.

Pressemitteilung vom 4. Juni 2003:

KAV gegen privates Eingreifen in öffentliches Recht!

Die KAV spricht sich vehement gegen das angestrebte „Angebot“ von Hersh Beker aus. Beker möchte die Stadt Frankfurt am Main aus dem Mietvertrag des Hauses Kaiserstr. 51 („English Theater“) entlassen, wenn die Stadt im Gegenzug einen Bebauungsplan ändert und im Bahnhofsgebiet mehr Büroräume zulässt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.06.). Die KAV hatte statt dessen vor Monaten vorgeschlagen, das Haus in ein „Haus der Kulturen“ umzuwandeln.

Ein Mietvertrag ist privates Recht, ein Bebauungsplan ist jedoch eine Satzung, also öffentliches Recht. Die beiden Rechtsgebiete sind nicht ohne Grund streng voneinander getrennt. Im öffentlichen Recht nimmt die Stadt hoheitliche Aufgaben wahr, die der gesamten Bevölkerung dienen, im privaten Recht ist sie dagegen ein gleichrangiger Partner. Die Stadt Frankfurt am Main darf sich nicht darauf einlassen, hier Kompromisse einzugehen und würde im Übrigen ungesetzlich handeln.

Ein Bürger hätte somit die Möglichkeit, in öffentliches Recht einzugreifen, in diesem Falle sogar mit einer Gegenleistung, die der Stadt Ausgaben erspart, also indirekt eine finanzielle Gegenleistung darstellt.

Die KAV bleibt bei ihrer Idee, die sowieso anfallenden Mietkosten dadurch zu kompensieren, dass kulturtreibenden Vereinen hier die Möglichkeit gegeben wird, sich am kulturellen Leben der Stadt zu beteiligen, so wie es in Berlin schon lange ein „Haus der Weltkulturen“ gibt.

Pressemitteilung vom 18. September 2003:

KAV appelliert an die Landesregierung, bei Sparprogramm Weitsicht zu bewahren!

Mit dem jüngst vorgestellten Sparprogramm für 2004 offenbart die Hessische Landesregierung ein extremes Maß an Kurzsichtigkeit. Gespart wird ausschließlich an finanziellen Hilfen für Stellen, die daran arbeiten, der derzeitigen misslichen wirtschaftlichen Lage entgegen zu wirken. So wird mittelfristig genau der Zustand verschlimmert, weswegen die Länder und Kommunen überhaupt sparen müssen.

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich „Beruflicher Wiedereinstieg“: Hier möchte die Landesregierung alle Zuschüsse auf „0“ zurückfahren. Die Folge ist, dass weniger Arbeitslose in die Berufswelt zurückfinden und damit sowohl weiter auf die Sozialkassen angewiesen sind, als auch nicht die Wirtschaft unterstützen können.

Sicherlich belastet das zunächst nicht die Landeskassen, sondern in diesem Falle die Kassen der Kommunen und des Bundes.

Genau deshalb hat der Sozialdezernent der Stadt Frankfurt am Main, Herr Frey, auch eine Krisensitzung einberufen. Die Ausgaben der Stadt Frankfurt werden im sozialen Sektor steigen und die Stadt wird dies dadurch ausgleichen müssen, nun selbst freiwillige Finanzspritzen zu streichen. Die Lawine rollt damit an.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) warnt deshalb deutlich vor einer Umsetzung dieses Sparprogramms. Es gibt im Landeshaushalt immer noch Prestigeprojekte im Straßen- und Gebäudebau, an denen sinnvoll gespart werden könnte.

Pressemitteilung vom 1. Oktober 2003:

KAV stellt sich hinter die Kirchen!

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) plant in ihrer Sitzung am Mittwoch, den 1. Oktober, die Verab-

scheidung einer Resolution gegen die geplanten massiven Einschnitte der Hessischen Landesregierung bei den Landeszuschüssen für die Sozialverbände und Initiativen.

Von einzelnen radikalen Kürzungen bis hin zur totalen Einstellung von Landesmitteln ist direkt die ausländische Bevölkerung betroffen, wie aus der Presse zu entnehmen war. Die wichtige und erfolgreiche Arbeit von Organisationen, die auf dem Sektor der Migrantenarbeit tätig sind, wird damit auf's Spiel gesetzt und die über Jahre aufgebaute Arbeit mit einem Schlag zerstört.

Sogar der Flughafensozialdienst wäre betroffen, d.h. seine Aufgaben würden den bisherigen Trägern, dem Evangelischen Regionalverband und dem Frankfurter Caritasverband aus den Händen gerissen und einem neuen Verantwortungsbereich übergeben.

Hat die hessische Landesregierung wirklich vor, die von ihr verfolgten Integrationsziele durch einen sozialen Kahlschlag zu gefährden?

Es geht scheinbar nur um die finanzielle Sanierung des Landes Hessen nach dem Rasenmäherprinzip und nicht darum, welche Form der Sozialarbeit für die betroffenen Menschen am besten wäre. Wieder einmal sind es ausgerechnet unsere ausländischen Mitbürger, die zum Spielball der Politik gemacht werden.

Die KAV wird sich vehement dafür einsetzen, daß dies nicht zugelassen wird.

Pressemitteilung vom 18. November 2003:

KAV bescheinigt CDU Sensibilität für Integration

Während die Äußerungen des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann und sein Fraktionsausschluß Schlagzeilen machen, sind weitere Bemerkungen zweier anderer Abgeordneter der CDU leider fast in Vergessenheit geraten. Sowohl Henry

Nitzsche als auch Axel Fischer haben in jüngster Zeit anti-muslimische und anti-türkische Aussagen von sich gegeben.

Gibt es eine zunehmend fremdenfeindliche Tendenz innerhalb der Christdemokraten oder wagen sich einige Parteimitglieder erst in diesen Tagen das auszusprechen, was sie schon immer dachten?

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) möchte vor einer Einstellung warnen, unter dem Deckmantel der „freien Meinungsäußerung“ Parolen von sich zu geben, die keine Meinung sind, sondern allenfalls Meinungsmache.

Andererseits hat die CDU im Umgang mit diesen Mitgliedern sowohl Rückgrat bewiesen als auch eine begrüßenswerte Position bezogen. Die Sensibilität, die sie als Partei hat spüren lassen, stellt einen wichtigen Meilenstein der Integration dar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 2004:

Roth lobt Ausländervertreter

Gremium „gut“ für die Stadt / Magen verteidigt Moschee-Razzia

In ihrer ersten Rede vor der kommunalen Ausländervertretung hat Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) den Mitgliedern des Gremiums für deren Engagement gedankt: „Das tut Frankfurt gut.“ Roth, die im Frühjahr zu dem Auftritt eingeladen worden war, wies darauf hin, daß in der Stadt mehr als 20 000 Ausländer seit Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze eingebürgert worden seien. Die Oberbürgermeisterin nannte die Ausländerpolitik der Kommune vorbildlich, was auch daran deutlich werde, daß Frankfurt immer wieder Ziel von Informationsreisen aus anderen Städten und Bundesländern sei.

In ihrem knapp halbstündigen Vortrag beschäftigte sie sich dann mit der Stellung der Städte im deutschen Regierungssystem und führte die kommunale Finanznot nicht zuletzt darauf zurück, daß Bund und Länder den Städten immer mehr Aufgaben aufbürdeten. Verbessert werden könne die Lage nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung. Dazu müsse in der globalisierten Welt jedoch Arbeit preiswerter gemacht werden, wobei eine soziale Absicherung zu erhalten sei. Dem Einwand in der anschließenden Diskussion, die Hartz-IV-Regelungen seien „Erpressung für arme Leute“ wie Arbeitslose und Flüchtlinge, hielt sie entgegen, es sei richtig, aus Steuergeldern gezahlte Zuschüsse zu kürzen, wenn ein Arbeitsfähiger ein Jobangebot ablehne.

Die Vertreterin einer brasilianischen Fraueninitiative merkte unter Hinweis auf

die Lage in ihrem Land ironisch an, sie möchte bei der Schilderung der deutschen Schwierigkeiten beinahe weinen. Sie kritisierte, daß eine Vielzahl von Regelungen hierzulande private Initiativen beispielsweise zur Kinderbetreuung behinderten. Roth stimmte dem zu und sprach von einer „Überregulierung auf allen Ebenen in Deutschland“.

Der Klage des Vorsitzenden des Vereins türkisches Volkshaus und eines Vertreters des polnischen Kulturzentrums über gekürzte oder fehlende Zuschüsse begegnete sie mit der Bemerkung, die Stadt könne keine institutionelle Förderung mehr leisten und wegfallende Landesmittel wegen der eigenen Finanznot auch nicht mehr ausgleichen. Kritik am Vorgehen der Polizei bei der Razzia in einer marokkanischen Moschee hielt Integrationsdezernent Albrecht Magen (CDU) entgegen, die Behörden seien rechtlich verpflichtet, beim Verdacht strafbarer Handlungen tätig zu werden. Im übrigen seien die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, und bis dahin solle man mit Bewertungen zurückhaltend sein.

Hilfe sagte Roth dem Elternverein der französischen Schule in Rödelheim zu, deren Vorsitzende die seit Jahren mangelhafte Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg beklagte: Dazu werde der Magistrat berichten, und sie werde die Polizei um verstärkte Verkehrskontrollen im Umfeld der Schule bitten. **ads.**

V Chronologie

1. Anregungen der KAV 2003:

Nr.	Titel	Antrag von	Beschluss der Stvv
K 16	Einbürgerung EU-Staatler	LIS	Prüfung und Bericht: B 410
K 17	Bürgernahe Verwaltungssprache	LIS	Prüfung und Bericht: B 424
K 18	Vereinfachung Arbeit ausl. Studierender	LIS	von KAV zurückgezogen!
K 19	Keine Schließung der Bibliotheken in Frankfurt	Italia	Ablehnung
K 20	Mehrsprachigkeit honorieren	LIS	Prüfung und Bericht: B 590
K 21	Kein Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt	LDS	von KAV zurückgezogen!
K 22	Frankfurt muss die Würde Verstorbener achten	LIS	Prüfung und Bericht B 720
K 23	Ausländische Vereine brauchen Räume	ILF	von KAV zurückgezogen!
K 24	Einstellungsverfahren - kulturelles Know-How	Präsidium	Prüfung und Bericht. B 759
K 25	Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter der Stadt erhöhen	Präsidium	Vereinfachtes Verfahren
K 26	Salvador-Allende-Straße in Frankfurt am Main	LDS, ILF, LM	Zustimmung
K 27	Auch Kunst kann Integration schaffen	LIS	Vereinfachtes Verfahren
K 28	Weniger Rente nach Umzug ins Ausland	Präsidium	Ablehnung
K 29	Wohnraum für ausländische Studierende	LIS	Prüfung und Bericht

K 30	Unterstützung des „Bockenheimer Mädchentisches“	Präsidium	Zustimmung
K 31	Umsetzung des Beschlusses „Bürgernahe Verwaltungssprache“	Präsidium	Vereinfachtes Verfahren
K 32	Notstand in den Kitas „Am Bügel“ beseitigen	LIS	Vereinfachtes Verfahren
K 33	Bekanntmachung der Antidiskriminierungsrichtlinie	LIS	Zustimmung
K 34	Interkulturelle Kompetenz definieren und in der Stadtverwaltung umsetzen	Präsidium	Zustimmung
K 35	Zusatzantrag „Bockenheimer Mädchentisch“	Präsidium	Siehe K 30!

2. Anfragen der KAV 2003:

Nr.	Titel	Antrag von
KA 12	Beschäftigte nicht deutscher Herkunft	Präsidium
KA 13	Prostitutionsausübung ausländischer Frauen	Gülegen
KA 14	Demonstration am 1. Mai	LDS, ILF, LM
KA 15	Gab es doch Rasterfahndungen?	LIS
KA 16	Migranten in Führungspositionen	Präsidium
KA 17	Ausländerbeiräte im Sozialkunde-Unterricht	LIS
KA 18	Wie bewähren sich die Vorlaufkurse?	WIF

LIS = Liste Internationale Sozialdemokraten

ILF = Internationale Liste Frankfurt

LDS = Liste für Demokratie und Solidarität

LM = Liste Mezopotamya

WIF = WIR in Frankfurt

Alle Anregungen im Volltext:

K 16 vom 17.01.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Einbürgerung der Frankfurter Bürger mit Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 13. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 13.01.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen er ergreifen wird, um die Frankfurter Bürger mit Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, die ab dem 1. Januar 2002 Anspruch auf Einbürgerung bei Beibehaltung ihrer eigenen Staatsangehörigkeit haben, individuell so schnell wie möglich darüber zu informieren.

Begründung:

Bei Bürgern mit der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union soll nach der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes Mehrstaatigkeit hingenommen werden, wenn „Gegenseitigkeit“ besteht (§ 87 Abs. 2 AuslG). Nach jetzigem Kenntnisstand kann bei Staatsangehörigen Irlands, Portugals, Griechenlands und des Vereinigten Königreiches und darüber hinaus in manchen Konstellationen bei niederländischen Staatsangehörigen Mehrstaatigkeit hingenommen werden.

Die deutsche Kündigung des europäischen Mehrstaatenübereinkommens von 1963 wurde im Dezember 2002 wirksam. Damit ist bei Staatsangehörigen Frankreichs, Italiens und Belgiens, die in Deutschland eingebürgert werden, Mehrstaatigkeit eingetreten.

Die Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern im Inland hat auch für im EU-Ausland lebende Deutsche entsprechende

Auswirkungen. Das heißt, sie verlieren auch die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung in die andere Staatsangehörigkeit nicht und können im anderen EU-Staat dennoch die vollen Bürgerrechte erlangen, wenn der andere Staat Mehrstaatigkeit hinnimmt. Dies trägt daher insgesamt zu einem Zusammenwachsen Europas bei.

gez. Sitki

*

K 17 vom 10.02.2003
Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Bürgernahe Verwaltungssprache

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 14. ordentlichen öffentlichen Plenarsitzung vom 10.02.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main erläßt einen Leitfaden zur bürgernahen Verwaltungssprache und leitet das Erforderliche in die Wege, diesen zeitnah umzusetzen.

Begründung:

Die Sprache der Stadtverwaltung, das sogenannte „Amtsdeutsch“ ist für viele Ausländer, aber selbst für Deutsche, schwer verständlich. Die Briefe wirken oft unpersönlich und gekünstelt. Dem Servicegedanken einer Stadtverwaltung als Dienstleistungsunternehmen werden sie nicht immer gerecht.

Die Stadtverwaltung Bochum hat deshalb einen sogenannten „Leitfaden zur bürgernahen Verwaltungssprache“ verfaßt. Er enthält Anregungen, wie Schreiben verständlicher und bürgerfreundlicher formuliert werden können.

Wir schlagen vor, diesen Leitfaden entweder zu übernehmen oder einen ähnlichen Leitfaden für die Stadtverwaltung Frankfurt am Main zu erstellen.

gez. Sitki

*

K 18 vom 10.02.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Vereinfachung der Beantragung von Arbeit bei ausländischen Studierenden

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 14. ordentlichen öffentlichen Plenarsitzung vom 10.02.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, Ausländerinnen und Ausländern, die in Frankfurt am Main studieren, bei der ersten Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis sofort die Möglichkeit einzuräumen, zusätzlich zu den 3 Monaten im Jahr noch 10 Stunden in der Woche arbeiten zu können.

Begründung:

Ausländische Studierende haben laut Gesetz die Möglichkeit, 3 Monate im Jahr neben ihrem Studium zu arbeiten. Darüber hinaus können ihnen auf Antrag 10 Stunden in der Woche von der Ausländerbehörde genehmigt werden.

Diese Erweiterung wird von der Ausländerbehörde Frankfurt am Main für in der Stadt Studierende zur Zeit ohne Nachweise, aber auf Antrag, erteilt.

Da hier also keine Prüfung und keine Entscheidung vorgenommen wird, könnte den Studierenden ein Weg zur

Ausländerbehörde erspart werden, wenn die Erweiterung schon bei der ersten Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis automatisch eingetragen wird.

gez. Sitki

*

K 19 vom 09.03.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Keine Schließung der Bibliotheken in Frankfurt

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 15. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 10.03.2003 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und auf den Magistrat einwirken, dass die Stadtteilbibliotheken und die Zentralbibliothek auf der Zeil 17 – 21 nicht geschlossen werden.

Begründung:

Die Zentralbibliothek ist nicht nur eine „Bücherei“, sondern auch eine multifunktionale Infrastruktur und sie dient als Treffpunkt der Kulturen.

Das Gleiche gilt auch für die Stadtteilbibliotheken.

In einer Stadt, die sich „Stadt der Bücher“ und „Stadt der Buchmesse“ nennt, dürfen die Leser nicht außen vor bleiben!

gez. Sitki

K 20 vom 12.03.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Mehrsprachigkeit in der Stadtverwaltung honorieren

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 15. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 10.03.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und den Magistrat auffordern, Beschäftigte der Stadtverwaltung, die Dolmetscherdienste übernehmen, angemessen zu honorieren.

Begründung:

In der Stadtverwaltung Frankfurt am Main sind Personen beschäftigt, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes, aber auch durch eigenes Studium, eine oder mehrere Fremdsprachen beherrschen. Diese sollen – laut einer städtischen Mitteilung – nun ehrenamtlich dort helfend eingreifen, wo eine Fremdsprache benötigt wird.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Beherrschung einer Fremdsprache als eine Fähigkeit anerkannt werden muss, wie andere einschlägige Fähigkeiten und Fertigkeiten auch. Noch immer werden etwa EDV-Kenntnisse, betriebswirtschaftliche und viele andere Kenntnisse als mitentscheidend für Einstellungen oder innerstädtische Umsetzungen berücksichtigt, nicht aber die Fremdsprache. In einem zusammenwachsenden Europa und besonders in einer internationalen Stadt wie Frankfurt am Main (City of the Euro), müssen zunehmend auch „multikulturelle“ Kenntnisse als wichtig angesehen werden. Die Initiative der Stadtverwaltung geht demnach in die richtige Richtung, ohne jedoch diese Fähigkeiten zu honorieren und damit auch ideell aufzuwerten.

Wir schlagen deshalb vor, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine angemessene finanzielle Zulage erhalten und die Stellen, sofern der Einsatz hoch ist, auch höherbewertet werden.

Dazu schlagen wir vor, dass die Stadtverwaltung eine Art mehrsprachiges Wörterbuch erstellen lässt, in dem spezifische Fachausdrücke (z.B. aus der Sozialverwaltung) in mehrere Sprachen übersetzt sind.

gez. Sitki

*

K 21 vom 12.03.2003
Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Kein Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt Frankfurt!

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 15. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 10.03.2003 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und auf den Magistrat dahingehend einwirken, dass der Aufmarsch der Nazis am 1. Mai 2003 verboten wird.

Für den 1. Mai 2003 haben die Neonazis erneut einen Aufmarsch durch Frankfurt angekündigt. Dies stellt für uns Migrantinnen und Migranten eine ernste Bedrohung dar. Nicht erst seit den Ereignissen des letzten Jahres sind wir dagegen, einen solchen Marsch von Nazis durch unsere Stadt zu dulden.

Wir treten für eine friedliche, tolerante und multikulturelle Stadt Frankfurt ein und sind uns dabei der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt sicher. Neonazis, Rassisten und Antisemiten sind hier fehl am Platz.

Darum fordert die KAV die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat auf, den für den 1. Mai 2003 angekündigten

Aufmarsch von Neonazis in Frankfurt nicht hinzunehmen und alle juristischen zur Verfügung stehenden Mittel zur Verhinderung der Nazikundgebung auszuschöpfen.

Es ist sicherzustellen, dass keine kommunalen Einrichtungen sowie öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt und dadurch missbraucht werden. Öffentliche Straßen und Plätze oder Stadtteile wie zum Beispiel Fechenheim oder Eschersheim dürfen nicht zur Verfügung stehen. Allen Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Gewißheit zu geben, dass in Frankfurt alle Möglichkeiten angewandt werden, Aktivitäten neonazistischer und rechtsradikaler Kräfte zu verhindern.

Die KAV wird die Anti-Nazi-Koordination in ihren Aktivitäten unterstützen und den Kampf gegen Rechts gemeinsam mit ihr führen.

gez. Sitki

*

K 22 vom 11.03.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

**„Frankfurt muss die Würde Verstorbener achten!“
Zusatz-Anregung der KAV zum Antrag der Grünen NR 895
vom 23.01.2003**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 15. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 10.03.2003 folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Ergänzend zu dem Antrag der Fraktion der Grünen NR 895 wird der Magistrat gebeten zu prüfen und zu berichten, ob die im o.g. Antrag der Fraktion der Grünen angesprochene Praxis auch bei

Verstorbenen angewandt wurde, die - z.B. aufgrund ihrer Nationalität – islamischen Glaubens waren?

Begründung:

Die KAV unterstützt den Antrag NR 895 der Fraktion der Grünen vom 23.01.2003.

Wir möchten darauf hinweisen, dass eine Feuerbestattung im Islam verboten ist und die geschilderte Praxis – sofern sie auch bei Personen islamischen Glaubens angewandt wird – einen Eingriff in die Glaubensfreiheit darstellt.

Besonders bei Migranten kann es häufig vorkommen, dass im Todesfall in Deutschland keine Angehörigen ermittelt werden können. Somit ist die Wahrscheinlichkeit, dass die geschilderte Praxis auch bei Personen islamischen Glaubens angewandt wird, ebenfalls gegeben.

Da aber ein Sarg im Islam nicht vorgeschrieben ist, könnte aus Kostengründen geprüft werden, ob es möglich ist, Verstorbene islamischen Glaubens lediglich mit einem Tuch zu beerdigen.

gez. Sitki

*

K 23 vom 11.03.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Ausländische Vereine brauchen Räume

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 15. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 10.03.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und den Magistrat auffordern, dass ausländische Vereine durch weniger

Auflagen und günstigere Konditionen Veranstaltungen durchführen können.

Begründung:

Die ausländischen Vereine sind schon seit längerer Zeit zunehmend mit Problemen in Bezug auf die Nutzung der Räume der Bürgerhäuser konfrontiert.

Die hauptsächlichen Probleme sind:

- Einschränkungen der Dauer von Großveranstaltungen
- Unterschiedliche Behandlungen in den verschiedenen Räumen
- Zusätzliche finanzielle Belastungen bei Verlängerungen
- Einschränkungen der Vermietung an Sonntagen
- Hohe Kosten für die technische Ausstattung

Wir bitten darum, dass sich die Stadtverordnetenversammlung, gegebenenfalls mit Vorgaben an den Magistrat, dafür einsetzt, dass ausländischen Vereinen wieder der Zugang zu den Bürgerhäusern vereinfacht, bzw. überhaupt möglich gemacht wird.

gez. Sitki

*

K 24 vom 29.04.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Das Einstellungsverfahren der Stadt Frankfurt am Main muß interkulturelles Know-How berücksichtigen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 16. öffentlichen Plenar-

sitzung am 28.04.03 wird folgende Anregung an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den Magistrat aufzufordern, dass bei Einstellungen zukünftig auch interkulturelles Know-How, z. B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als vollwertige Einstellungskriterien berücksichtigt werden.

Begründung:

Laut Bericht des Magistrats vom 08.02.2002, B 160, soll ein Prozess des Umdenkens intensiviert werden, um mittel- und längerfristig die städtischen Ämter und Betriebe mehr für ausländische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zu öffnen.

Die aktuell vorliegenden Zahlen (siehe Stellungnahme des Magistrats vom 25.02.2003 zu KAV-Anfrage KA 07) beweisen, dass der Migrantenteil unter den Bediensteten der Stadtverwaltung bei Weitem zu niedrig ist und sogar noch abgenommen hat. Auch die Einstellung von ausländischen Auszubildenden stagniert. Zwar bewerben sich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund, sie werden aber im Auswahlverfahren nicht gebührend berücksichtigt. Diesen Sachverhalt begründet der Magistrat immer wieder mit der mangelnden Qualifizierung der Bewerber/innen.

Andererseits erfordert das voranschreitende Zusammenwachsen der europäischen Nationen verstärkte interkulturelle Kompetenzen im gesamten Dienstleistungssektor.

Es ist daher unabdingbar, bei allen anstehenden Auswahlverfahren auch die besonderen Fähigkeiten von Personen mit Migrationshintergrund wie z.B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz zu berücksichtigen.

gez. Sitki

K 25 vom 29.04.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen der Stadt Frankfurt am Main erhöhen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 16. öffentlichen, ordentlichen Plenarsitzung am 28.04.2003 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main definiert den Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ und qualifiziert sukzessive ihre Mitarbeiter/innen in publikumsintensiven Verwaltungseinheiten im interkulturellen Handeln.

Begründung:

Die Münchener Ausländerbehörde hat es sich zum Ziel gesetzt, von einer Obrigkeitsverwaltung zu einem partnerschaftlichen Mit-einander und einem kundenfreundlichen Dienstleistungsunternehmen zu werden. Dazu bieten sie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Seminare an, in denen diese in „Interkultureller Kompetenz“ geschult werden. Dazu musste der Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ grundsätzlich geklärt werden.

Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main hat es sich nicht nur zum Ziel gesetzt, sich interkulturell zu öffnen, in der Wahrnehmung der städtischen Dienste spiegelt sich darüber hinaus der hohe Anteil der ausländischen Bevölkerung wieder.

Gerade in den publikumsintensiven Bereichen macht sich das Fehlen von Qualifikationen im Bereich „Interkultureller Kompetenz“ verstärkt bemerkbar. Es ist die Aufgabe und Verpflichtung der Stadtverwaltung, diesem Mangel Rechnung zu tragen.

Als Anregung könnte der von der Stadt Offenbach entwickelte Leitfaden „Interkulturelle Kompetenz im Verwaltungshandeln“ dienlich sein. Auch das Beispiel der Ausländerbehörde München wäre in diesem Zusammenhang beachtenswert.

gez. Sitki

K 26 vom 27.05.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Salvador-Allende-Straße in Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 17. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 26.05.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, im Einvernehmen mit dem zuständigen Ortsbeirates, eine Strasse auf den Namen Salvador Allende umzubenennen.

Begründung:

Am 11.09.2003 jährt sich zum dreißigsten Mal die Ermordung des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende. Vor 30 Jahren wurde seine Regierung Opfer eines Putsches. Der Präsidentenpalast wurde bombardiert und er wurde in Ausübung seiner verfassungsrechtlichen Pflicht ermordet.

Salvador Allende war nicht nur für das chilenische Volk, sondern auch für alle lateinamerikanischen Völker und für die Menschen in vielen anderen Ländern ein Vorbild für Demokratie und Menschenrechte, für ein humaneres Leben.

Die Stadt Frankfurt am Main könnte mit der Umbenennung einer zentralen Straße (z. B. der Kaiserstrasse) diesem Vorbild menschlichen Handelns ein Denkmal setzen und an ihn erinnern.

gez. Sitki

K 27 vom 30.06.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Auch die Kunst kann Integration schaffen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 18. ordentlichen öffentlichen Plenarsitzung vom 30.06.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, Maßnahmen zur Unterstützung ausländischer Künstlerinnen und Künstler zu ergreifen.

Die Maßnahmen sollen folgende Punkte beinhalten:

- Erleichterung der Einstellung bei den städtischen Bühnen
- Vermittlung von öffentlichen Darstellungen künstlerischer Art

Begründung:

Der Weg zur Integration führt durch alle Bereiche des Zusammenlebens. Hierzu gehört auch die Kunst. Sie ist in besonderem Maße ein Katalysator des Integrationsprozesses, da sie in der Lage ist, Verständigung und Verstehen über explizite Programme und Projekte hinaus zu erreichen.

Die Einstellung von nicht deutschen Künstlern bei den städtischen Einrichtungen der Kunst (Theater, Museen, usw.) sowie die Ermöglichung von Ausstellungen sind jedoch oft mit bürokratischen Hürden versehen, die Ausländern große Schwierigkeiten bereiten.

gez. Sitki

K 28 vom 30.06.2003
Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Weniger Rente nach Umzug ins Ausland

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 18. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 30.06.2003 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Rente nach Umzug ins Ausland in jedem Fall genauso hoch ist wie beim Wohnsitz im Inland.

Begründung:

In vielen Fällen vermindert sich die Rente, nachdem der Empfänger ins Ausland verzogen ist. Besonders gravierend ist dies bei nicht Deutschen der Fall. Nach der BfA-Information Nr. 22 „Rentenzahlung an Berechtigte im Ausland“ kann sich in einem Beispielsfall die Höhe von 822,71 Euro auf 194,92 Euro nach Umzug ins Ausland vermindern.

Es gibt zwar Regelungen für „den Deutschen gleichgestellte Ausländer“, aber auch Deutsche erhalten im Ausland weniger Rente. In diesem Fall verringert sich nach der genannten Broschüre die Rente nach Auswanderung von 822,72 Euro auf 308,02 Euro.

Wir sind der Auffassung, dass die Höhe der Rentenzahlung, die sich aus den Beitragszeiten während der Beschäftigung ergibt, nicht davon abhängig gemacht werden kann, wo der Empfänger lebt. Besonders im Zuge eines zusammenwachsenden Europa ist eine derartige Regelung nicht mehr vertretbar.

Durch eine angemessene Rentenzahlung könnten außerdem die öffentlichen Kassen entlastet werden: Menschen mit geringer Rente hätten einen größeren Anreiz, ins Ausland umzuziehen und würden in Deutschland keine ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

gez. Sitki

K 29 vom 30.06.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung
zur Vorlage B 357 vom 09.05.2003

Wohnraum für ausländische Studenten in Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 18. ordentlichen öffentlichen Plenarsitzung am 30.06.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Der Magistrat wird aufgefordert, sofort Maßnahmen zu ergreifen, welche die Wohnsituation ausländischer Studenten verbessern.

Die Maßnahmen sollen folgende Punkte beinhalten:

- Beantragung von Fördermitteln für den Neubau von Wohnungen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung durch das Hessische Landesprogramm
- Beantragung von gezielten Landesförderungen zur Erstellung von Wohnraum für Studenten
- Ein Programm zu erstellen, das ausländischen Studenten ihrem Anteil an den Studierenden entsprechend die Versorgung mit Wohnraum ermöglicht.

Begründung:

In dem Bericht des Magistrats vom 09.05.2003, B 357, wird die alarmierende Wohnsituation der Studenten in Frankfurt nur ungenau wiedergegeben. Besonders für die Migrantinnen und Migranten unter den Studenten stellt sich diese Situation zunehmend schlechter dar. Wartezeiten von bis zu zwei Jahren bei der Wohnraumsuche können nicht hingenommen werden, besonders, da es sich hierbei um die ersten vier – und damit wichtigen – Semester handelt, in denen die Studenten aufgrund dieses Problems benachteiligt werden.

Der oben genannte Bericht zeigt mittelfristige Alternativen auf, beschränkt sich jedoch auf Formulierungen wie „können Fördermittel gewährt werden“ oder „kann davon ausgegangen werden, dass Landesförderungen nicht gewährt werden“. Genau

dies – die Beantragung von Fördermitteln – muß jedoch angesichts der bestehenden Notlage u.a. versucht werden.

Dass besonders für ausländische Studentinnen und Studenten individuelle Lösungen angestrebt werden müssen, ergibt sich schon daraus, dass sie bei ihren Bemühungen, Wohnungen zu finden, noch eingeschränkter sind als deutsche: Sie haben meistens keine Verwandten und Bekannten, bei denen sie wohnen können, sie kennen die bürokratischen Wege und Erfordernisse nicht so gut und müssen zudem noch damit rechnen, dass sie aufgrund von Vorurteilen geringere Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt haben.

gez. Sitki

*

K 30 vom 02.09.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Unterstützung des „Bockenheimer Mädchentisches“

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 19. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.09.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, daß der „Bockenheimer Mädchentisch“ ab 01.04.2004 mit € 30.000 jährlich finanziell unterstützt wird.

Begründung:

Das Mädchenbüro des Nachbarschaftsheim Frankfurt a. M. - Bockenheim e.V. bietet für Migrantinnen im Alter von 11-16 Jahren ein ganzheitliches Betreuungskonzept an („Bockenheimer Mädchentisch“). Der „Bockenheimer Mädchentisch“ beinhaltet ein warmes Mittagessen, HA-Hilfe, Gruppen- und Kursangebote,

Freizeitaktivitäten und Ferienprogramm. Insgesamt 36 angemeldete Mädchen im genannten Alter nehmen täglich nach Schulschluss diese Angebote wahr. Die Kosten für ein ausgewogenes Mittagessen werden von Lebensmittelspenden und den monatlichen Beiträgen (20,00 €) der Besucherinnen getragen. Für die umfassenden Angebote, insbesondere für die schulische Hilfe, ist eine Pädagogin eingestellt worden, die für ein Jahr von der BHF-Bank-Stiftung finanziert wird und deren Finanzierung zum 01.04.2004 ausläuft. Die Höhe der Finanzierung beläuft sich auf jährlich 30.000 €. Falls bis zum genannten Zeitpunkt keine finanzielle Sicherheit gewährleistet werden kann, wird das Integrationsprojekt scheitern.

Die Folgen sind:

- Reduzierung der Anzahl der Besucherinnen auf max. 15 Mädchen
- Reduzierung aller Angebote, insbesondere schulischer Hilfsangebote
- Entstehendes Betreuungsdefizit im Stadtteil Trotz großer Nachfrage und Bedarf Entstehung einer Versorgungslücke für die berufstätigen Eltern, die auf außerschulische Hilfsangebote angewiesen sind

Das Mädchenbüro würde sich mit dem Scheitern des Integrationsprojektes tendenziell zu einem offenen Jugendhaus entwickeln, ohne Bildungs- und interkulturelle Angebote. Dies entspricht nicht den gesellschaftlich notwendigen Angeboten für Migrantinnen, die z.B. als ein Ergebnis der PISA- Studie gefordert werden.

Daher ist ein Fortbestehen dieses Projektes für die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von Wichtigkeit, damit sie gleiche soziale Chancen erhalten.

gez. Sitki

K 31 vom 02.10.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

„Bürgernahe Verwaltungssprache“

Vorgang: Anregung der KAV vom 11.02.2003, K 17

Bericht des Magistrats vom 23.05.2003, B 424

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.07.2003, § 5730

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 20. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.10.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 5730 vom 17.07.2003 wird umgesetzt und der Leitfaden „Bürgernahe Verwaltungssprache“ der Stadt Bochum wird entweder für die Stadt Frankfurt am Main übernommen oder ein eigener Leitfaden entwickelt.

Begründung:

Aus dem Beschluss § 5730 vom 17.07.2003 ergibt sich kein direkter Auftrag an den Magistrat, nun auch einen Leitfaden für eine bürgernahe Verwaltungssprache bei der Stadt Frankfurt am Main einzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung hat dies zwar für erforderlich gehalten, aber ob dies in die Tat umgesetzt wird, liegt nun wieder in den Händen des Magistrats.

Wir halten allerdings einen direkten Auftrag der Stadtverordnetenversammlung für notwendig. Wir weisen auch nochmals darauf hin, dass die Einführung eines solchen Leitfadens weitgehend kostenneutral durchgeführt werden kann.

gez. Sitki

In ihrer Sitzung vom 03.11.2003 hat die KAV folgende Resolution beschlossen:

RESOLUTION

Zum Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Kommunale Ausländervertretung (KAV) der Stadt Frankfurt am Main, begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der festgestellt wird, dass muslimischen Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern nicht ohne eine gesetzliche Grundlage verboten werden darf. Es ist jedoch bedauerlich, dass das Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit kein klareres Urteil verfasst hat.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird die öffentliche Auseinandersetzung über Kopftuch, Islam und Muslime aufflammen und den Stammtischen der Rechten Gruppierungen Nahrung geben.

Die gesetzgeberische, vorschnelle „Schnellschüsse“ einiger Bundesländer das Kopftuch nicht nur in den Schulen, sondern in allen Amtsstuben zu verbieten, das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung der Frauen zu betrachten und das Kopftuchgebot der Islamischen Religion ohne eine klaren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als Verstoß gegen Grundgesetz zu bewerten, würde zur Ungleichbehandlung der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland führen.

Ein Kopftuch-Verbot wie sie einige Bundesländer, in Besondere Hessen und Bayern, angekündigt haben, würde zu einem Berufsverbot für Musliminnen mit Kopftuch in Deutschland gleichkommen. Dieser Zustand würde zum Verstoß des vom Grundgesetz garantierten Chancengleichheit und das Recht auf freie Berufswahl (persönliche Entfaltung) führen. Es darf nicht sein, dass einige Landesregierungen Gesetze Erlassen, in dem das muslimische Kopftuch unzulässig ist, die christliche Ordenstrachten und sonstige religiöse Symbole weiterhin ungehindert Eingang in Die Schulen und andere Amtsstuben findet. Wenn Es überhaupt eines Gesetzes bedarf, muss er faktischen religiösen Pluralität in

Deutschland Verpflichtet sein. Ansonsten ist es den über 3 Millionen Muslimen, (die immerhin der zweitstärksten Religionsgemeinschaft in Deutschland darstellen) hierzulande nicht zu vermitteln, dass sie als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sind.

Die Kommunale Ausländervertretung der Stadt Frankfurt am Main fordert die Länder, zuständige Behörden, Politiker und Medien auf, aus der Vergangenheit zu lernen und die Debatte über Minderheiten und Andersglaubenden sachlicher, objektiver und unaufgeregter zu führen. Auf keinen Fall soll diese Debatte zu einer parteipolitischen Polemik oder zum Wahlkampfthema auf den Rücken der Muslimen gemacht werden.

MdKAV Dr. Hüseyin KURT

MdKAV Nazim ALEMDAR

*

K 32 vom 02.12.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Notstand in den Kitas Am Bügel beseitigen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 22. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.12.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um den personellen und räumlichen Notstand in den Kitas „Am Bügel“ zu beseitigen. Es betrifft alle Kitas, nicht nur die der Stadt Frankfurt, im Wohngebiet „Am Bügel“.

Die Maßnahmen sollen mindestens folgende Punkte beinhalten:

- Verminderung der Gruppenstärke auf 15 Kinder
- Qualifizierte Doppelbesetzung der Gruppen
- Schaffung neuer Ganztagsplätze für Kindergarten und Hort

Begründung:

Die Situation in den drei genannten Einrichtungen hat sich seit mehreren Jahren unter den Augen und Ohren der Stadt Frankfurt zunehmend verschlechtert. Obwohl die Kitas auf die Problematik aufmerksam gemacht haben und die zuständige Dezernentin, Frau Ebeling, in diesem Jahr eingeräumt hat, dass der augenblickliche Zustand nicht tragbar sei, ist nichts dagegen unternommen worden.

Die Kitas werden von einem hohen Anteil an ausländischen Kindern besucht, die teilweise Probleme aus ihrem häuslichen Umfeld mitbringen. Um diesen Kindern die gleichen Chancen wie den deutschen Kindern zu geben, hat die Stadt für ihre Förderung Sorge zu tragen.

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich in diesem Jahr in mehreren Magistratesberichten und Stellungnahmen dazu bekannt, im Elementarbereich mehr für ausländische Kinder zu tun, weil hier die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsweg geschaffen werden. Hier kann nun der Magistrat beweisen, wie ernst ihm diese Aussagen wirklich sind.

gez. Sitki

*

K 33 vom 02.12.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Bekanntmachung der Antidiskriminierungsrichtlinie der Stadt Frankfurt

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 22. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.12.2003 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

-
1. Es wird ein Plakat erstellt, das die Antidiskriminierungsrichtlinie der Stadt Frankfurt am Main bekannt macht.
 2. Dieses Plakat wird in allen Warteräumen der Dienststellen mit Publikumsverkehr der Stadt Frankfurt am Main aufgehängt.
 3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Antidiskriminierungsrichtlinie in die Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung (AGA) der Stadt Frankfurt am Main, Teil II, Ziffer 6 („Sonstige Allgemeine Regelungen“) aufzunehmen.
 4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Antidiskriminierungsrichtlinie über die „Nachrichten aus der Stadtverwaltung“ allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Kenntnis zu geben.
 5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, den Personalräten der Stadtverwaltung zu empfehlen, auf die Richtlinie in ihren Personalversammlungen hinzuweisen.

Begründung:

Die Antidiskriminierungsrichtlinie der Stadt Frankfurt am Main ist beschlossen. Sie ist jedoch noch kaum in der Stadt Frankfurt am Main bekannt. Bisher gab es bis auf kleine Pressemeldungen noch keine Kampagne, um sie bekannt zu machen.

Wir möchten, dass ein leicht verständliches Plakat erstellt wird, z.B. mit dem Spruch: „Sie fühlen sich diskriminiert? – Rufen Sie an“ mit Angabe einer Hotline-Telefonnummer.

Dieses Plakat muss in allen Warteräumen in Publikumsbereichen der Stadt Frankfurt am Main deutlich sichtbar angebracht werden.

Andere, von der Verwaltung möglicherweise inzwischen eingeleitete Kampagnen bleiben davon unberührt.

Die Antidiskriminierungsrichtlinie ist eine innerstädtische Richtlinie wie die anderen in der AGA, Zweiter Teil, Ziffer 6 aufgeführten Richtlinien. Sie muss deshalb auch dort eingefügt werden, so dass sie allen Mitarbeitern jederzeit zugänglich ist. Für eine erste Bekanntgabe soll sie in den "Nachrichten aus der Stadtverwaltung" veröffentlicht werden.

gez. Sitki

K 34 vom 02.12.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Vorgang: Anregung der KAV vom 29.04.2003, K 25

Stellungnahme des Magistrats vom 08.09.2003

Interkulturelle Kompetenz definieren und in der Stadtverwaltung umsetzen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 22. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.12.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ wird einheitlich für die Stadtverwaltung Frankfurt am Main definiert.
2. Alle städtischen Mitarbeiter der Dienststellen mit Publikumsverkehr werden in „Interkultureller Kompetenz“ geschult.

Begründung:

Die Stellungnahme des Magistrats vom 08.09.2003 auf die Anfrage der KAV K 25 vom 29.04.2003 offenbart, dass der Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ weder stadteinheitlich, noch in einzelnen Arbeitsbereichen definiert wurde.

Zum Beispiel setzt das „Offene Curriculum zu dem Teilprojekt ‚Interkulturelle Kompetenz‘“ diesen Begriff als selbstverständlich gegeben voraus und sieht eine Aufgabe des Projektes lediglich darin, die „Interkulturelle Kompetenz“ zu fördern. Aus dem Curriculum wird nebenbei erkennbar, dass darunter „Interkulturelle Fähigkeiten, Kenntnisse und persönliche Grundhaltungen“ verstanden werden, wobei keiner dieser Begriffe inhaltlich beschrieben wird.

Der bisher vorliegende Entwurf der „Leitlinien zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe“

enthält leider ebenfalls keine Begriffsbestimmung, obwohl die „Interkulturelle Kompetenz“ gerade die Basis dieser Leitlinien sein soll.

Die KAV hat diesen Entwurf abgelehnt und in ihrer Stellungnahme unter anderem darauf hingewiesen, dass der Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ definiert werden müsse, dass diese Leitlinien in übergeordnete Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main eingebettet sein müssten und dass die Leitlinien darlegen müssten, in welcher Weise die „Interkulturelle Kompetenz“ in der Jugendhilfe angewandt werden soll.

Die in der genannten Stellungnahme des Magistrats angesprochenen ämterübergreifenden Arbeitsgespräche sind nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Sie finden nur einmal jährlich und in einem kleinen, oft schon vertrauten Kreis statt. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in Dienststellen mit Publikumsverkehr hat noch nie an einem solchen Arbeitsgespräch teilgenommen.

Durch die genannten parallel laufenden einzelnen Maßnahmen, die alle in der Stellungnahme angesprochen werden, entsteht statt wirklicher Erhöhung der Kompetenz mehr Verwirrung. Eine Kommunikation zwischen den einzelnen Projekten findet kaum bis gar nicht statt.

Wir fordern daher eine allgemeine Begriffsdefinition und eine einheitliche Vorgehensweise, die wirklich alle Beschäftigten im Publikumsbereich erreicht.

gez. Sitki

K 35 vom 02.12.2003

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Zusatz-Anregung der KAV zur Anregung vom 02.09.2003, K 30

Unterstützung des „Bockenheimer Mädchentisches“

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 22. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.12.2003 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

Mit Anregung vom 02.09.2003 hat die KAV die Stadtverordnetenversammlung gebeten, den „Bockenheimer Mädchentisch“ ab 01.04.2004 mit 30.000 Euro jährlich zu unterstützen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird nunmehr gebeten, den „Bockenheimer Mädchentisch“ bereits ab Februar 2004 jährlich mit dem genannten Betrag zu unterstützen.

Begründung:

Wie der KAV bekannt wurde, wird die finanzielle Unterstützung des „Bockenheimer Mädchentisches“ schon ab dem 01. Februar des nächsten Jahres notwendig.

Wir bitten deshalb die Stadtverordnetenversammlung, so bald wie möglich eine positive Entscheidung zu treffen. Auf die Begründung unserer Anregung K 30 vom 02.09.2003 wird verwiesen.

gez. Sitki

Alle Anfragen im Volltext:

KA 12 vom 29.04.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Beschäftigte nicht deutscher Herkunft

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 16. ordentlichen, öffentlichen Plenarsitzung am 28.04.2003 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten. Wir beziehen uns hierbei auf die Stellungnahme des Magistrats vom 25.02.2003 zu unserer Anfrage KA 07.

1. Wie erklärt der Magistrat die Tatsache, dass die angestrebten Ziele, den Anteil der nicht deutschen Beschäftigten innerhalb des städtischen Personals nachhaltig zu erhöhen, nicht erreicht worden sind. Ganz im Gegenteil zeigt sich eine Verringerung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund.
2. Welche Maßnahmen wird der Magistrat ergreifen, um diese Tendenz umzukehren.
3. Welche Maßnahmen wird der Magistrat ergreifen, um besonders im mittleren und gehobenen Angestellten- und Beamtenstand die Zahl der nicht deutschen Beschäftigten zu erhöhen?

Begründung:

Die Vorbehalte, die die KAV in ihrer Anfrage KA 07 vom 25.11.2002 äußerte, haben sich bestätigt. Der Gesamtsaldo der nicht deutschen Beschäftigten vom 31.12.2001 auf den 31.12.2002 ist negativ. Es ist ein Skandal, dass darüber hinaus von 1271 nicht deutschen Beschäftigten 564, d. h. 44 % als ungelernete Arbeiter/innen beschäftigt sind.

Dass dabei Beschäftigte mit deutschem Pass, die jedoch über einen Migrationshintergrund verfügen, nicht erfasst sind, ändert an dieser Realität kaum etwas.

Das Ziel der Stadtverwaltung, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung (s. u. a. Magistratsbericht B 160 vom 08.02.2002) voranzutreiben muss derzeit als verfehlt betrachtet werden.

Ein neues Konzept mit einem wirksamen Maßnahmenkatalog ist dringend nötig, um diesen Missstand zu korrigieren und die gesetzten Ziele zu erreichen.

gez. Sitki

*

KA 13 vom 30.04.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Prostitutionsausübung durch ausländische Frauen in Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 16. ordentlichen, öffentlichen Plenarsitzung am 28.04.2003 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

1. Gibt es eine nach einem einheitlichen Regelverfahren durchzuführende Einzelfallprüfung hinsichtlich der Möglichkeit einer Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen?
2. Welchen Stellenwert haben in einem solchen Verfahren arbeits- und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte sowie die Berücksichtigung der Belange und Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland?
3. Teilt die Frankfurter Ausländerbehörde die Ansicht, dass es ein Gebot der formalen Gleichbehandlung ist, hinsichtlich der Möglichkeit einer Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, nach einem einheitlichen, geregelten Verfahren vorzugehen?

4. Warum wird in Verfügungen der Frankfurter Ausländerbehörde gegenüber legal hier lebenden ausländischen Prostituierten bei Verfahren zur Überprüfung der Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, statt auf ein einheitliches Regelverfahren lediglich auf das Prostitutionsgesetz bzw. rechtlich unverbindliche „Empfehlungen“ eines „Bund-Länder-Ausschusses Gewerbe-recht“ Bezug genommen?

5. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nach Ansicht der Frankfurter Ausländerbehörde aus dem bundesdeutschen Prostitutionsgesetz hinsichtlich der Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen?

6. Warum wertet die Frankfurter Ausländerbehörde in Verfügungen gegenüber ausländischen Prostituierten (wo es um die Streichung von Auflagen geht, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen) den Verweis des Prostitutionsgesetzes auf Besonderheiten der Prostitutions-tätigkeit als Indiz für die Annahme, Prostitution sei „kein normaler Beruf“, wo das erklärte Ziel des Prostitutionsgesetzes doch bekanntermaßen die Entdiskriminierung von Prostitution sein sollte?

7. Wieso bezieht sich die Frankfurter Ausländerbehörde in Verfügungen gegenüber ausländischen Prostituierten (wo es um die Streichung von Auflagen ging, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen) auf rechtlich unverbindliche Empfehlungen eines informellen Gremiums wie des „Bund-Länder-Ausschusses Gewerberecht“?

8. Wieso folgt nach Ansicht der Frankfurter Ausländerbehörde aus der rechtlich umstrittenen Behauptung dieses nicht autoritativen Gremiums, wonach Prostitution kein Gewerbe sei, die Position, Prostitution könne nicht als selbständige Erwerbs-tätigkeit ausgeübt werden?

-
9. Von wem hat die Frankfurter Ausländerbehörde die „Anweisung, solche Anträge (auf Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen) bis auf weiteres abzulehnen“ (Kleinsteuber laut FAZ vom 14. 4. 2003)?
10. Wovon hängt der in dieser Aussage getroffene zeitliche Vorbehalt „bis auf weiteres“ ab?
11. Wie viele Anträge auf Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, sind bei der Frankfurter Ausländerbehörde seit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes von Frauen, die der Prostitution nachgehen wollen, gestellt worden?
12. Wie viele der in Frage 11 angesprochenen Anträge sind von der Frankfurter Ausländerbehörde in dem genannten Zeitraum negativ beschieden worden?
13. Bei wie vielen legal hier lebenden ausländischen Frauen, die beabsichtigen, der Prostitution nachzugehen, ist seitens der Frankfurter Ausländerbehörde die Auflage, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagt, entfernt worden? (Bitte differenzieren nach EU-Ausländerinnen und Nicht-EU-Ausländerinnen!)
14. Warum werden legal hier lebende, verheiratete ausländische Frauen, die in der Prostitution arbeiten, überprüft?
15. Erfolgt diese Überprüfung bei verheirateten ausländischen Prostituierten generell?
16. Wie viele solcher Überprüfungen sind bei legal hier lebenden, verheirateten ausländischen Prostituierten seit Inkrafttreten des neuen Prostitutionsgesetzes vorgenommen worden?
17. Wie viele Scheinehen wurden seitens der Frankfurter Ausländerbehörde seit Inkrafttreten des neuen Prostitutions-

gesetzes nachgewiesen? Und in welchem Maße sind ausländische Frauen, die hier der Prostitution nachgehen bzw. nachgehen wollen, daran beteiligt?

18. Wie vielen legal hier lebenden, verheirateten ausländischen Prostituierten sind aufgrund solcher Nachforschungen wegen Scheinehe die aufgrund einer Ehe zustande gekommenen Aufenthaltserlaubnisse nicht verlängert bzw. entzogen worden?

19. Ist die Frankfurter Ausländerbehörde der Auffassung, dass Prostitutionsausübung und das Vorhandensein einer Ehe bzw. Familie seitens einer der Prostitution nachgehenden Frau einander grundsätzlich ausschließen?

20. Teilt die Frankfurter Ausländerbehörde, die ja bekanntlich am örtlichen „Runden Tisch Prostitution“ beteiligt war, die Befürchtung, dass durch die von ihr im Fall von ausländischen Prostituierten verfügten Ablehnungen der Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, sowie durch Überprüfungen auf Scheinehen in diesem Kontext die betreffenden Frauen ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden?

21. Wie vermeidet die Frankfurter Ausländerbehörde zukünftig Einschüchterungen legal hier lebender ausländischer Frauen, die im Kontext der Beantragung einer Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit in der Prostitution untersagen, Nachforschungen und Überprüfungen ihrer familiären Lebenszusammenhänge erdulden müssen?

22. Gehen legal hier lebende ausländische Frauen, die hier der Prostitution nachgehen bzw. einen Antrag stellen zur Entfernung von Auflagen, die die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, ein Risiko ein hinsichtlich der Nichtverlängerung bzw. Entziehung ihrer Aufenthaltsgenehmigung?

23. Gibt es bei legal hier lebenden ausländischen Frauen, die beabsichtigen, hier der Prostitution nachzugehen und die Entfernung von Auflagen beantragen, die die Ausübung einer

selbständigen Erwerbstätigkeit untersagen, in diesem Zusammenhang seitens der Frankfurter Ausländerbehörde Einschränkungen ihrer bisherigen Aufenthaltsgenehmigung sei es durch (a) Erteilung lediglich einer Duldung, (b) durch Aufforderung zur Ausreise, (c) durch Verzicht auf Klärung des Aufenthaltsstatus oder (d) durch Ausweisung? Wenn ja, in welchem Umfang ist dies jeweils der Fall?

24. Inwieweit sieht sich die Ausländerbehörde veranlasst (u.a. aufgrund des ihr seit dem 25. 04. 2002 vorliegenden und bis heute nicht beantworteten Schreibens des von Frankfurter Bordellbetreibern bevollmächtigten Rechtsanwalts B. Schultheiß, das örtliche Bedürfnis und das besondere wirtschaftliche Interesse an der Prostitutionsausübung durch ausländische Frauen in Frankfurt/Main zu klären?

25. Nach welchem Verfahren und nach welchen Kriterien erfolgt im Falle einer beabsichtigten Bedürfnisses und des besonderen wirtschaftlichen Interesses an der Prostitutionsausübung durch diese Frauen?

26. Welche Institutionen außer der Frankfurter Ausländerbehörde (z.B. IHK etc.) sind in das Verfahren zur Einzelfallprüfung des örtlichen Bedürfnisses und des besonderen wirtschaftlichen Interesses an der Prostitutionsausübung durch ausländische Frauen in Frankfurt/Main einbezogen?

27. Ist das Verfahren zur Einzelfallprüfung des örtlichen Bedürfnisses und des besonderen wirtschaftlichen Interesses an der Prostitutionsausübung durch ausländische Frauen in Frankfurt/Main im Einvernehmen mit den daran beteiligten Institutionen geklärt?

28. Inwieweit würde das Zuwanderungsgesetz (Entwurf der Bundesregierung) — sollte dieses Gesetz politisch eine Mehrheit finden und in Kraft treten — mit seinem § 21 selbständige Tätigkeit), hier insbesondere die Vorgabe einer Investition von 1 Mio. Euro und der Schaffung von 10 Arbeitsplätzen, Anwendung

finden auf legal hier lebende ausländische Frauen, die hier der Prostitution nachgehen bzw. dies zu tun beabsichtigen?

gez. Sitki

*

KA 14 vom 26.05.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main zu den Geschehnissen am 1. Mai 2003 in Frankfurt am Main Fechenheim

Demonstration am 1. Mai 2003

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 17. ordentlichen, öffentlichen Plenarsitzung am 26.05.2003 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

1. Seit wann war den Behörden der Stadt bekannt, dass es auch in diesem Jahr wieder einen Nazi-Aufmarsch in Frankfurt gibt?
2. Wann wurde der Beschluss gefasst, in diesem Jahr keinen Verbotsantrag gegen den Aufmarsch der Nazis zu stellen? Wer hat dies entschieden und wer wurde in diese Entscheidung einbezogen?
3. Warum wurde von der Stadt Frankfurt am Main Steffen Hupka widerspruchslos als Demonstrationsanmelder akzeptiert, obwohl im vergangenen Jahr der Verwaltungsgerichtshof Kassel entschieden hat, ihn als Versammlungsleiter auszuschließen.
4. Wie denken die Verantwortlichen zukünftig mit Demonstrationsanmeldungen von Steffen Hupka umzugehen?
5. Von wem werden die Kosten für den Polizeieinsatz übernommen? Wir erinnern daran, dass bei vergangenen Demonstrationen versucht wurde, die Kosten für den polizeilichen Einsatz nach dem sog. „Verursacherprinzip“ den Demonstranten anzulasten: EUR 56,- "Wegtragegebühr" pro Teilnehmer am "Aufstand der Anständigen" am 1. Mai 2001...)

-
6. Aus welchen Gründen wurde die Demonstrationsroute nach Fechenheim verlegt?
 7. Warum wurden in diesem Jahr, trotz der allseits positiv bewerteten Arbeit der Demonstrationsbeobachter keine benannt?
 8. Was waren die Gründe, bereits ab 3 Uhr morgens, also 9 Stunden vor Beginn der Demonstration (12 - 16 Uhr) Platzverweise für antifaschistische Demonstranten zu erteilen? Halten die Behörden ein solches Vorgehen für verhältnismäßig?
 9. Halten die Behörden den Polizeieinsatz (z. B. Hundestaffel, berittene Polizeikräfte, Wasserwerfer, gepanzerte Räumfahrzeuge und Stacheldraht) der sich gegen die demokratischen Gegendemonstranten richtete, für verhältnismäßig?
 10. Warum wurden von der Polizei die Zufahrtsstraßen zu dem genehmigten Ökumenischen Gottesdienst in Fechenheim durch Straßensperren auf der Hanauer Landstraße, an der Vilbeler Landstraße und andernorts behindert, indem man den Besuchern erklärte, der einzig zulässige Weg führe über die Carl-Ulrich-Brücke? Und selbst dort durften wartende Gottesdienstteilnehmer nur nach dringenden Nachfragen bei der Polizeiführung den Weg passieren!

Begründung:

Wie den Medien zu entnehmen war, haben die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt am Main keine Maßnahmen eingeleitet, um die Nazi-Demonstration am 1. Mai 2003 zu verhindern.

Jedoch fiel das rigide Auftreten der eingesetzten Polizeikräfte auf. Aus diesem Grunde unterstützen wir, die von der Anti-Nazi Koordination Frankfurt öffentlich gestellten Fragen und erwarten eine baldige Antwort. Für die Zukunft erwarten wir von der Stadt Frankfurt am Main, dass sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpft, um allen Frankfurter Bürgern diese faschistischen, antisemitischen und rassistischen Aufmärsche zu ersparen.

gez. Sitki

KA 15 vom 30.06.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Gab es doch Rasterfahndungen in Frankfurt am Main?

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 18. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 30.06.2003 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Mai 2003 war unter der Überschrift „Studenten unter Verdacht“ von mehreren Durchsuchungen von Studentenwohnungen zu lesen.

1. Wußte der Magistrat von diesen Durchsuchungen?
2. Sind diese Durchsuchungen Teil einer größer angelegten Rasterfahndung?

Begründung:

In einer Stellungnahme des Magistrats vom 14.01.2003 auf eine Anfrage der KAV vom 29.10.2002 (KA 5) ging der Magistrat nicht auf die Frage ein, ob an Frankfurter Universitäten Rasterfahndungen durchgeführt wurden. Nun berichteten mehrere muslimische Studenten aus Frankfurt in der „Frankfurter Rundschau“ von sehr rüden Wohnungsdurchsuchungen.

Wir möchten wissen, ob diese Durchsuchungen, die der Meldung zufolge nur bei muslimischen Studierenden durchgeführt worden sind, Teil einer Rasterfahndung sind und ob der Magistrat von diesen Kenntnis hatte, bzw. hat.

gez. Sitki

KA 16 vom 01.07.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Migranten in Führungspositionen in der Stadtverwaltung Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 18. ordentlichen, öffentlichen Plenarsitzung am 30.06.2003 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

Gibt es in der Stadtverwaltung Frankfurt am Main Migrantinnen oder Migranten, die eine Führungsposition innehaben und wenn ja, wie viele?

Unter einer Führungsposition verstehen wir: Sachgebietsleiter, Abteilungsleiter oder Amtsleiter.

Begründung:

Unsere Anfrage vom 05. Dezember 2002 (KA 07) hat ergeben, dass die überwiegende Mehrheit der Migranten, die in der Stadtverwaltung Frankfurt am Main beschäftigt ist, Arbeiter im unteren Lohnniveau sind. In den aufsteigenden Laufbahnen der Angestellten und Beamten nimmt die Zahl der Migranten stetig ab.

Es stellt sich folglich die Frage, ob es überhaupt Migranten gibt, die eine Führungsposition innehaben.

gez. Sitki

*

KA 17 vom 02.09.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Ausländerbeiräte im Sozialkunde-Unterricht

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 19. öffentlichen ordent-

lichen Plenarsitzung am 01.09.2003 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

Im Sozialkundeunterricht an Hessischen Schulen (in Hessen heißt es jetzt „Politik und Wirtschaft“, vorher „Sozialkunde“ in den Klassen 5-10 und „Gemeinschaftskunde“ in den Klassen 11-13) ist u.a. die Behandlung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ein Teil des Lehrplans.

1. Werden die Jugendlichen im Sozialkundeunterricht auch über Existenz und Aufgaben des Ausländerbeirats informiert?
2. Wenn ja, in welchem Umfang findet dies statt?

Begründung:

Die Beteiligung an den Ausländerbeiratswahlen war leider in den letzten Jahren rückläufig. Wir denken, dass dies unter anderem auch auf eine mangelnde Aufklärung der ausländischen Bevölkerung über Existenz und Aufgaben dieses Gremiums zurückzuführen ist. Ausländische Jugendliche lernen etwas über Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, an denen sie sich jedoch nicht beteiligen können. Über die – zwar geringe, aber dennoch bestehende- Möglichkeit, sich über den Ausländerbeirat aktiv an der Politik zu beteiligen, wissen sie wenig bis gar nichts.

gez. Sitki

*

KA 18 vom 02.10.2003

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Wie bewähren sich die Vorlaufkurse?

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 20. öffentlichen ordent-

lichen Plenarsitzung am 01.10.2003 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

1. Wie viele Vorschulkinder haben die Vorlaufkurse besucht?
2. Wie viele Kinder wurden deswegen von Kindergärten abgemeldet?
3. Wie viele angehend schulpflichtige Kinder haben sich an dieser Maßnahme beteiligt, wie viele haben sich nicht beteiligt und warum? Wie hoch ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund daran?
4. Wie viele wurden zurückgestellt und mit welcher Begründung?
5. Welche Maßnahmen sind für diese Kinder geplant worden, mit welcher Finanzierung, mit welchem Personal, aus welchem Etat, und an welchen Orten (Schulen, Vorschuleinrichtungen oder gemischt)?
6. Wie soll die Organisation dieser Maßnahmen aussehen und mit welchem Aufwand (z.B. Mobilität) wird das für Eltern verbunden sein?
7. Welche Maßnahmen sind für Kinder geplant worden, die zwar erfolgreich die Vorlaufkurse besucht haben, aber weiterhin Hilfe in der Schulsprache Deutsch benötigen? Sind Lehrkräfte in Schulen vorhanden und in welchem Ausmaß in Anbetracht der aktuellen Sparmaßnahmen?
8. In wie weit werden bei Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern mit besonderer sozialer Schichtzugehörigkeit Kenntnisse der Muttersprache bzw. weiterer Sprachen bei Einschulungsverfahren ermittelt, um vorhandene Sprachkenntnisse (also potenzielle Fähigkeiten) festzustellen?
9. Wie viele Kinder mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Muttersprache hatten oder haben in der ersten Klasse der Frankfurter Grundschulen ohne weitere Hilfe Erfolg?

Begründung:

Ein Jahr nach der neuen Einschulungsregelung und der Einführung von Vorlaufkursen stellt sich die Frage nach dem Ergebnis einer solchen Einrichtung für Frankfurt am Main, bzw. welcher Erfolg dadurch erzielt wurde.

Wir sind der Meinung, dass genügend Zeit zur Erhebung von wichtigen statistischen Daten vergangen ist und eine erste genaue Darstellung des aktuellen Standes erfolgen kann.

gez. Sitki

VI Die Veranstaltungen der KAV 2003



(Anhörung im Plenarsaal des Römers; Bild: Tozoglu)

Anhörung:

„Migrantenkinder sind ein Schatz, den es zu heben gilt“

17. Mai 2003

Das schlechte Abschneiden deutscher Schulen in der PISA-Studie hat eine breite und kontroverse Diskussion über Fehler in Politik, Schule und Familie ausgelöst. Mitunter wurde auch die Überrepräsentation von Migrantenkindern in bestimmten Regionen und Schulen dafür verantwortlich gemacht. Man ist sich weitgehend darüber einig, dass die Integration von Kindern aus zugewanderten Familien erheblich verbesserungsbedürftig ist. Schulen und Kindergärten müssen in die Lage versetzt werden, sich auf die unterschiedlichen Kinder einzustellen. Sprachförderung, die sowohl Migrantenkinder als auch deutsche

Kinder mit sprachlichen Defiziten berücksichtigt, hat dabei eine zentrale Bedeutung. Doch reicht dies alleine aus?

Überlegungen, wie die Chancengleichheit und Integration von Kindern verbessert werden könnte, gibt es viele. Genauso viele Programme laufen bereits in den Kindergärten und Schulen.

Die Anhörung hatte zum Ziel, sowohl die bereits bestehenden Maßnahmen vorzustellen, als sich auch mit der Frage zu beschäftigen, ob diese ausreichen und was noch getan werden sollte. Eingeladen und gekommen waren: Städtträtin Jutta Ebeling (Dezernat Schule), Prof. Dr. Olaf Radtke, Nese Araci, Prof. Dr. Ingrid Haller, Frau Meier-Darimont (Hessisches Sozialministerium), Frau Hochstätter (Staatliches Schulamt), Frau Stübing (Gebeschusschule Hanau), Herr Verheul (Karmeliterschule), Frau Krämer (Theodor-Heuss-Schule) und Herr Röhrig (Salzmannschule).

Von dieser Anhörung ist eine Dokumentation erschienen, die über die Geschäftsstelle der KAV zu beziehen ist.

Gedenken an den Brandanschlag von Solingen vor 10 Jahren!

Auf dem Hülya-Platz

02. Juni 2003

Am 29. Mai 1993 wurde in Solingen der Skinhead-Brandanschlag auf die türkische Familie Genc verübt. Dabei wurden fünf Frauen und Mädchen getötet. Es ist noch immer das schwerste rassistische Verbrechen, das jemals in der Bundesrepublik geschehen ist.

10 Jahre später richtete die Friedensinitiative Bockenheim eine Gedenkveranstaltung an dem Platz aus, der den Namen eines der Opfer erhielt. Mitveranstalter waren die KAV, das Frankfurter Bündnis gegen den Krieg, das Türkische Volkshaus und der Türkische Literatur- und Kunstverein.



(Trommlergruppe der AGAH und der KAV; Bild: Foraci)

Parade der Kulturen

28. Juni 2003

Zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) beteiligte sich die KAV am Umzug der Parade der Kulturen, die in diesem Jahr zum ersten Male stattfand. 30.000 Besucher erlebten wie 1200 Menschen verschiedener Kulturen ein friedliches Miteinander demonstriert haben. Die Parade zeigte, wie vielfältig die Stadt Frankfurt am Main ist und welch ein Gewinn es ist, dass hier Menschen leben, die selbst oder deren Vorfahren aus allen Teilen der Erde kommen. Die KAV engagierte zusammen mit der AGAH eine Trommlergruppe, die lautstark auf die Ausländervertretungen aufmerksam machen sollte.

Museumsuferfest**29. – 31. August 2003**

Am Museumsuferfest war die KAV innerhalb des Zeltes des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten und damit ganz nahe an der „multikulturellen Bühne“ mit einem eigenen Stand an allen drei Tagen präsent. So konnten wir den interessierten Besuchern unsere Info-Materialien an die Hand geben und die KAV ein wenig bekannter machen. Auch die Chance zu direkten Gesprächen wurde wahrgenommen.

Vereinstreffen**28.11.2003**

Die Kontaktpflege mit den ausländischen Vereinen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Aufgabe nach § 5, Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Frankfurt: Unserer Mittlerrolle zwischen der ausländischen Bevölkerung und der Stadt Frankfurt. Wir führen dieses Treffen mittlerweile regelmäßig einmal pro Jahr durch, um von den Vereinen Anregungen, Fragen und Probleme entgegen zu nehmen, die wir dann aufgreifen können.

Das Treffen soll jedoch darüber hinaus eine gesellige Begegnung zwischen KAV und den Vereinen sein. Diesmal fand es in angenehmer Atmosphäre im Philantropin statt. Leider waren die Fragen und Anregungen sehr spärlich, die musikalischen und kulturellen Darbietungen (Tanzgruppen aus Griechenland, Italien und Kroatien) aber umso besser.

VII Ausländische Bevölkerung in Frankfurt am Main nach Zahlen

Einwohnerstand am 31.12.2003

Quelle: Frankfurter Statistik Aktuell, Nr. 12/2004

	31.12.2003	Veränderung zum 31.12.2002
Insgesamt	652 013	+ 2007
Darunter Ausländer	169022	- 2674

Prozentuale Ausländerquote: 25,9 %

Einwohnerbewegung bei Ausländern:

Quelle: Frankfurter Statistik Aktuell, Nr. 12/2004

Zuzüge	5509
Wegzüge	5318
Saldo	+ 191
Geburten	235
Sterbefälle	119
Saldo	+ 116
Staatsangehörigkeitswechsel	- 1155

Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnung in Frankfurt
a.M. am 31.12.2003 nach Kontinenten und ausgewählten
Staatsangehörigkeiten

Quelle: Melderegister Frankfurt a.M.

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Europa	125 443	74,5
davon :		
EU-Staaten zusammen	44 628	26,5
Belgien	372	0,2
Dänemark	255	0,2
Finnland	481	0,3
Frankreich	3 590	2,1
Griechenland	7 413	4,4
Großbritannien und Nordirland	3 191	1,9
Irland	548	0,3
Italien	15 146	9,0
Luxemburg	109	0,1
Niederlande	1 090	0,6
Österreich	2 802	1,7
Portugal	3 878	2,3
Schweden	501	0,3
Spanien	5 252	3,1
übriges Europa zusammen	80 815	48,0
darunter:		
Bosnien und Herzegowina	5 300	3,1
Bulgarien	953	0,6
Serbien und Montenegro	13 334	7,9
Kroatien	12 539	7,5

Mazedonien	1 345	0,8
Polen	4 865	2,9
Rumänien	1 583	0,9
Russische Föderation	2 063	1,2
Türkei	32 338	19,2
Ukraine	1 717	1,0
Ungarn	774	0,5
Schweiz	622	0,4
Afrika	13 105	7,8
darunter:		
Ägypten	545	0,3
Algerien	381	0,2
Angola	115	0,1
Äthiopien	1 021	0,6
Eritrea	961	0,6
Ghana	557	0,3
Kamerun	362	0,2
Kenia	141	0,1
Kongo, Dem. Republik	92	0,1
Marokko	6 983	4,1
Nigeria	233	0,1
Sudan	150	0,1
Togo	100	0,1
Tunesien	568	0,3

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Mittelamerika	626	0,4
darunter:		
Dominikanische Republik	231	0,1
Kuba	135	0,1
Mexiko	131	0,1
Nordamerika	3 672	2,2
davon:		
Kanada	362	0,2
USA	3 310	2,0
Südamerika	2 325	1,4
darunter:		
Argentinien	164	0,1
Brasilien	654	0,4
Chile	196	0,1
Kolumbien	811	0,5
Peru	271	0,2
Asien	21 201	12,6
darunter:		
Afghanistan	2 759	1,6
Bangladesch	480	0,3
China (Volksrepublik)	1 806	1,1
Georgien	256	0,2
Indien	2 385	1,4

Indonesien	370	0,2
Irak	305	0,2
Iran	2 394	1,4
Israel	601	0,4
Japan	2 274	1,4
Jordanien	271	0,2
Kasachstan	210	0,1
Korea, Dem. Volksrepublik	180	0,1
Korea, Republik	839	0,5
Malaysia	103	0,1
Nepal	113	0,1
Pakistan	1 551	0,9
Philippinen	623	0,4
Sri Lanka	885	0,5
Syrien	152	0,1
Taiwan	149	0,1
Thailand	1 173	0,7
Vietnam	559	0,3
Australien und Ozeanien	354	0,2
Darunter:		
Australien	284	0,2
Staatenlos	1 016	0,6
Ungeklärt und ohne Angabe	526	0,3

VIII Sitzungstermine 2004

Montag, 12.01.2004

Montag, 09.02.2004

Montag, 08.03.2004

Montag, 26.04.2004

Montag, 24.05.2004

Montag, 28.06.2004

Montag, 30.08.2004

Montag, 27.09.2004

Montag, 01.11.2004

Montag, 29.11.2004

Die Plenarsitzungen finden im Plenarsaal des Römers, Römerberg 23, in der Regel um 18:00 Uhr statt und sind öffentlich.